Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für den politischen Teil: Adolf Thiele, für den lokalen und provinziellen Teil: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil.: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. – Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig. im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle. Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 13. **Halle, Donnerstag, den 16. Januar 1919.** **3. Jahrgang.**

Wer sind die Deutsch-Demokraten?

Die alles zermalmende Revolution hat auch das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zum deutschen Liberalismus von Grund aus geändert. Solange Teile des Bürgertums unter Junker- und Militär-Regiment ihre kapitalistischen Kräfte nicht hemmungslos entfalten konnten, ergab sich im Deutschen Reiche und in den Einzelstaaten immer wieder die Notwendigkeit eines taktischen Zusammengehens zwischen uns und dem Fortschritt zur gemeinsamen Abwehr reaktionärer Anschläge. Mit dieser Taktik, die uns ebenso lästig fiel, wie sie aus Gründen praktischer Politik für die Arbeiterklasse notwendig war, hat die Revolution aufgeräumt. Bürgerlicher Fortschritt und Arbeiterklasse haben keinen gemeinsamen Gegner mehr. Mit der Vernichtung des junkerlichen Deutschland ist die Basis für das widernatürliche Bündnis zwischen uns und dem finanzkapitalistischen Liberalismus in die Luft geflogen. In der glasklaren Atmosphäre der Revolution scheiden sich die Geister und Parteien deutlicher als sonst nach den großen wirtschaftlichen Richtlinien, die den normalen Volkskörper auch politisch bestimmen. Die geschichtliche Aufgabe der deutschen Revolution war die Zertrümmerung des Feudalismus. Der kommende Kampf kann nur zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse ausgefochten werden. Die politische Demokratie ist für Deutschland errungen. Der Kampf der Zukunft geht um die Frage, ob wir eine plutokratische, kapitalistische Pseudodemokratie nach französisch-amerikanischem Muster oder ob wir eine wirkliche, eine Demokratie der breiten Massen, eine sozialistische Demokratie bekommen werden. In diesem weltgeschichtlichen Kampfe muß der bürgerliche Liberalismus klare Stellung einnehmen — oder er wird zerrieben.

Die Deutsche demokratische Partei ist aus der Konkursmasse der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen zusammengelegt. Seit den 60er Jahren ist Spaltung und Fusion bei unsern deutschen Liberalen an der Tagesordnung. So hat auch die deutsch-demokratische Partei schon heute eine kleine Geschichte. Unter dem niederschmetternden Eindruck der ersten Revolutionstage schien es, als ob sie in der Hand zuverlässiger Männer jene kleine Partei der „geistig Radikalen" sammeln wollte, die es in jedem demokratischen Lande gibt — und die den harten wirtschaftlichen Kampf der Masse gegen den Besitz ideologisch befruchtet. Aber dann wurde plötzlich zum Sammeln geblasen. Durch die weit geöffneten Tore strömten die alten Freisinnsmannen, die Kopsch und Wiemer, Fischbeck und Müller-Meiningen, wieder herein. Scharen von Nationalliberalen meldeten sich. Eine Zeitlang schien es, als ob die deutsch-demokratische Partei das große antirevolutionäre Sammelbecken des mißvergnügten Bürgertums abgeben sollte. Es lag schließlich nicht an dem festen demokratischen Rückgrat dieser Partei, wenn nationalliberale Eigenbrödler sich zu einer Sonderorganisation, der Deutschen Volkspartei, zusammentaten.

Schon heute darf man annehmen, daß diese deutsch-demokratische Partei die größere Masse unseres Bürgertums umfaßt und in Zukunft politisch vertreten wird. Durch diese Tatsache, die sich in dem Beitritt zahlreicher nationalliberaler Organisationen gezeigt hat und durch den Ausgang der bisherigen Wahlen bestätigt wird, sind der „Demokratie" dieser Partei aber von vornherein die engsten Schranken gezogen. Durch den Beitritt der Nationalliberalen ist die politische Stoßrichtung der ehemaligen Fortschrittler nach rechts verrückt. Alle politisch-demokratischen Phrasen in ihrem Programm können daran nichts ändern. Diese Phrasen gegen Monarchie und Militarismus, gegen Obrigkeitsstaat und Junkertum sind heute billig. Das alte Regiment ist gestürzt. Es ist zwar nicht durch die „Demokraten" Friedberg und Pachnicke gestürzt — und die Spatzen pfeifen es von den Dächern, was diese Herren von der neuen Freiheit tief in ihrem Innern denken —, aber selbst zugegeben, die größere Masse der Demokraten stände nicht nur mit dem Munde und den Wahlreden, sondern auch mit dem Herzen auf dem Boden der Revolution. so kommt es auf die rein politischen Streitfragen heute und in Zukunft viel weniger an als auf die wirtschaftlichen. Und in dieser Frage der wirtschaftlichen Demokratisierung ist und bleibt der Liberalismus der größte Feind der Arbeiterklasse. Alle demokratisch-republikanisch-freiheitlichen Programmphrasen helfen nicht darüber hinweg, daß die deutsch-demokratische Partei als Kerntruppe des Bürgertums sich den wirtschaftlichen Befreiungstendenzen der Massen entgegenstemmen muß. Wer sich durch ihre politischen Aushängeschilder blenden läßt, muß an die älteren Demokratien in Frankreich und England denken. Dort sind „Republikaner" und „Demokraten", „Radikale", ja „Radikalsozialisten" nichts anderes als verschiedene Flaggen, unter denen das Bürgertum den Kampf um seine Interessen gegen die Interessen der von unten anstürmenden Masse führt.

Ein bürgerlicher Gelehrter, Professor Eltzbacher, hat in einer kleinen Schrift die Programme der neuen deutschen Parteien kritisch abgehandelt. Wir haben den Namen dieses Mannes öfter im Berliner Tageblatt gelesen. Er scheint den Deutsch-Demokraten also nicht fern zu stehen. Es ist von um so reizvollerem Interesse, zu sehen, was er aus dem Programm seiner Partei in wirtschaftlicher Hinsicht herausliest. „Durch die Revolution sind die politischen Forderungen der Partei in einem Maße erfüllt worden, daß ihr hier keine Aufgabe mehr bleibt. So kommt für sie nur noch das Ziel in Betracht, die wirtschaftliche Freiheit gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu verteidigen." Das hat die Partei denn auch von Anfang an gründlich besorgt. Niemand ist schärfer und giftiger gegen die wirtschaftliche Demokratisierung und Sozialisierung aufgetreten als Herr Dernburg, der Leibpolitiker des Berliner Tageblattes. Durch die Angst vor der Verstaatlichung der Großindustrie und der Hochfinanz treiben die Demokraten die besitzenden Klassen in ihre Partei. Wenn sie heute einer gewissen beschränkten Sozialisierung das Wort reden, so ist das entweder taktische Anpassung an die augenblickliche wirtschaftliche Lage oder bloße Stimmenfängerei. „Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Parteien" — sagt Eltzbacher sehr richtig — „betrachtet die Deutsche demokratische Partei die heute notwendige Sozialisierung keineswegs als den Beginn einer neuen Wirtschafts- und Menschheitsperiode, sondern als ein Uebel, das sie in möglichst engen Grenzen zu halten hofft."

In den wirtschaftlichen Fragen also — und hier vor allem — tritt heute und in Zukunft der scharfe Gegensatz zwischen uns und den Deutsch-Demokraten zutage. Er muß auch im Wahlkampf ihnen gegenüber die Hauptrolle spielen. Ihr Eintreten für die Freiheit der Wirtschaft und des Handels, die nichts anderes bedeutet als Freiheit der Ausbeutung und die Freiheit der Preise, muß scharf beleuchtet werden. Gezwungen und widerwillig nur haben sie sich an Sozialpolitik und Staatssozialismus gewöhnt. Als ob wir Sozialdemokraten im Kriege Deutschland beherrscht hätten, gehen sie heute in Wahlversammlungen mit der Behauptung hausieren, unsere elende Kriegswirtschaft wäre das Ideal des Sozialismus. Immer wieder muß gebrandmarkt werden, daß unsere schon im Anfang des Krieges gemachten positiven Vorschläge zur Ernährung Deutschlands von der Regierung und den bürgerlichen Parteien abgewürgt worden sind. Die Deutsch-Demokraten verlangen eine Vermögensabgabe — aber sie wollen sie auf „angemessene" Zeit verteilen. Sie verlangen Schonung der kinderreichen Familien — aber von indirekten Steuern sagen sie in ihrem Programm kein Wort. Sie treten für Trennung von Staat und Kirche ein — aber an die Millionenvermögen der „Toten Hand" wagen sie sich nicht heran. Sie fordern Reform des Bildungswesens — aber von Einheitsschule und Unentgeltlichkeit des Unterrichts ist keine Rede. Hier liegen — unter politischen Freiheitsphrasen verdeckt — die Schwächen und Verbrechen des demokratischen Programms. Sie müssen in jeder demokratischen Versammlung aufgestochen, entlarvt werden. Nur so ist ein zugleich prinzipieller und taktisch fruchtbarer Wahlkampf möglich.

Wer die Deutsch-Demokraten in ihrer augenblicklichen Agitation beobachtet, weiß, daß sie sich ein ganz raffiniertes Schema „demokratischer Aufklärung" zurechtgelegt haben. In der Großstadt wettern sie gegen die Staatswirtschaft und den freien Handel. Hier suchen sie alle arbeiterfeindlichen Kreise unter Schimpfen auf die hohen Löhne und die „Mißwirtschaft" der A.- und S.-Räte einzufangen. Hier treten sie als Schutztruppe gegen die Sozialdemokratie auf und verschmähen manchmal sogar eine kleine Verbeugung vor der guten alten Zeit nicht. Anders draußen auf dem Lande. Hier hissen sie den roten Wimpel. Hier haben sie alles vorausgesehen, alles vorausgesagt. Hier sind sie die Brüder der Sozialdemokratie — ja, eigentlich ganz dasselbe. Landarbeiter, Unterbeamte, die Arbeiter in den Eisenbahnbetrieben, alles, was von dem früheren Regierungsdru jetzt befreit aufatmet, suchen sie unter dieser Maske zu fangen. Bei der Unwissenheit, die dort draußen zum Teil noch herrscht, gelingt es ihnen zuweilen, die Unterschiede zwischen Demokratie und Sozialdemokratie ganz zu verwischen. Uns sind Beispiele bekannt, wo demokratische Agitatoren geradeaus erklärt haben, daß zwischen uns und den Demokraten nach der Revolution „fast gar keine Gegensätze" mehr bestehen. Dieser doppelzüngigen Agitation muß das Handwerk gelegt werden. Bis zum Tage der Wahl muß der letzte Mann, die letzte Frau wissen, daß das politische Programm der Deutsch-Demokraten gegenstandslos, weil durch die Revolution überholt, ist — daß ihr wirtschaftliches Programm durch und durch privatkapitalistisch, antisozial — das Gegenteil von Demokratie ist.

Das ist das Wesen der Deutsch-Demokratischen Partei. Wir wissen, daß es im Reich eine Anzahl demokratischer Männer und Frauen gibt, deren Gedanken und Wünsche über den hier schonungslos aufgezeigten Rahmen ihrer Partei hinausgehen. Von jeher hat der deutsche Liberalismus eine solche kleine Paradegruppe gehabt, zu denen in Halle beispielsweise Prof. Abderhalden gehört. Gegenüber dem andrängenden Proletariat wird sich das Bürgertum noch straffer konsolidieren, als es das jetzt schon getan hat. In einem Kampfe, wo es um die Existenz des Bürgertums geht, werden Außenseiter noch weniger zu sagen haben als bisher. Wir wissen, daß einzelnen Deutsch-Demokraten das Einfluten der zahllosen Männer von der Fraktion „Drehscheibe" in ihre Partei persönlich sehr unsympathisch war. Sie haben es jetzt nicht hindern können und werden das in Zukunft erst recht nicht vermögen. Für eine kleine Partei der geistig Radikalen ist auch in Deutschland noch Platz. Wer sie verschmäht, wer den Naumannschen Machthunger nach Masse und Mandaten hat, der muß auf ein wirklich demokratisches Programm verzichten.

Das Schwergewicht der Deutsch-Demokratischen Partei liegt in den wirtschaftlichen Interessen ihrer Anhänger. Diese Interessen weisen auf Erhaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung auf Bekämpfung der wirtschaftlichen Demokratie, auf straffen Zusammenschluß gegen das seiner Macht bewußte Lohnproletariat hin. Die Revolution hat hier jedes Dunkel beseitigt — jedes Vertuschen unmöglich gemacht. Von allen politischen Phrasen befreit, muß dieser geschichtliche Kampf ausgekämpft werden. In diesem Kampfe ist die Deutsche demokratische Partei unser erbitterter Gegner.

An das deutsche Volk!

Nach einer Woche schwerer Wirren kehrt in Berlin die Ordnung zurück. Den braven Truppen der Republik ist es gelungen, aus eigener Kraft und durch die Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle freiheitlichen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte. Irregeleitete Fanatiker verbanden sich mit dunklen Elementen der Großstadt, um mit ihrer Hilfe und der Hilfe einer fremden Macht die Gewalt an sich zu reißen, die ihnen das Volk, der allein rechtmäßige Auftraggeber jeder Regierung, aus freiem Willen niemals übertragen wird. An dem Widerstand des Volkes,

ganz besonders auch der Arbeiterklasse,

die in ihrer erdrückenden Mehrheit die begangenen Ausschreitungen verurteilt, ist das frevelhafte Unternehmen gescheitert.

Die Regierung ist sich der Zustimmung und der Hilfe des Volkes gewiß, wenn sie entschlossen ist, die Wiederholung ähnlicher Greuel mit allen Mitteln zu verhindern. Nachdem eine in ihren Anfängen politische Bewegung zu einem wüsten Verbrechertreiben ausgeartet ist, könnte es für die Urheber neuer Attentate auf die Sicherheit des Lebens, neuer willkürlicher Angriffe auf das Eigentum, neuer Störungen unserer freiheitlich-republikanichsen Ordnung keine Schonung mehr geben.

Am 19. Januar tritt das deutsche Volk an die Wahlurne um sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Das Volk der deutschen Republik

ist der Träger der Staatssouveränität: Wer in seine freie Willensbetätigung gewaltsam eingreift, begeht ein schweres Staatsverbrechen und muß auf strengste Bestrafung gefaßt sein.

Die Nationalversammlung, die am nächsten Sonntag nach dem freiesten Wahlrecht der Welt gewählt werden wird, soll die Verfassung des deutschen Reichs bestimmen, die Regierung nach ihren Wünschen zusammensetzen und über den abzuschließenden Frieden Beschluß fassen.

Die gegenwärtige Regierung bereitet für sie den Entwurf einer Verfassung vor, der das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes vor allen gegenrevolutionären oder terroristischen Bestrebungen schützt. Sie ist bemüht, einen Frieden zu erreichen, der die Freiheit des deutschen Volkes auch nach außen sicherstellt und die Gründung eines Völkerbundes zum sicheren Schutz gegen neue Kriegsgefahren ermöglicht.

Die Feststellung der nationalen Besitzverteilung im Osten kann nur Aufgabe der Friedenskonferenz sein. Gegen den polnischen Annexionismus bedarf unser Land des Schutzes, den ihm das Volk nicht versagen wird.

Nicht minder gilt es, unsere Grenzen gegen

die neue russische Militärdespotie

zu schützen, die uns mit kriegerischer Gewalt ihre eigenen anarchischen Zustände aufzwingen und einen neuen Weltkrieg entfesseln will, dessen Schauplatz unser Land sein würde. Bolschewismus ist Tod des Friedens, Tod der Freiheit, Tod des Sozialismus, der nur in aufbauender Arbeit sein Werk, die Befreiung des schaffenden Volkes aus Fesseln wirtschaftlicher Ausbeutung, vollenden kann. Dieser Sozialismus will das Wirtschaftsleben nicht erdrosseln, sondern neu erwecken. Rückkehr zu geordneter Arbeit ist dafür die erste Voraussetzung.

Die gegenwärtige Regierung besteht aus Vertretern der Arbeiterklasse, aus Sozialdemokraten. Sie kann nur handeln nach ihren eigenen politischen Grundsätzen, deren Anwendung nach ihrer Ueberzeugung dem Wohl des ganzen Volkes dient. Ueber ihr steht niemand als das Volk selbst, das in freier Entscheidung ihr Programm verwerfen oder billigen kann.

In Treue zu unserem Volk, in Treue zu unserer Ueberzeugung werden wir unser schweres Amt weiterführen oder von ihm willig zurücktreten, je nachdem wie die Entscheidung des Volkes ausfällt. Bleiben wird uns die Gewißheit, daß die Sache, zu der wir und Millionen mit uns zeitlebens in Not und Gefahr gestanden sind,

die Sache der Demokratie und des Sozialismus,

nach blutiger Verwirrung schließlich doch zum Siege gelangen, und daß dieser Sieg ein neues Kapitel der Weltgeschichte eröffnen wird zum Heile unseres Volkes und der ganzen Menschheit.

Die Reichsregierung:

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190116-13/fragment/page=0001

Wählt am Sonntag die Liste Thiele.

Tagesgeschichte.

Für die Sicherung der Wahlen.

Berlin, 15. Jan. **An die Arbeiter- und Soldatenräte.** Am Sonntag, den 19. Januar, wählt das deutsche Volk die **gesetzgebende Nationalversammlung.** Die große Bedeutung dieser Wahlen braucht nicht besonders dargelegt zu werden. Sie sind erforderlich, um die **Errungenschaften der Revolution gesetzlich zu verankern.** Diese **Wahlen müssen überall ohne jede Störungen** durchgeführt werden können. Die wahlberechtigten deutschen Männer und Frauen müssen frei und unbeeinflußt ihr Wahlrecht ausüben können. Hierzu müssen die **Arbeiter- und Soldatenräte dem Volke verhelfen.** Deshalb richten wir an alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die Aufforderung, **alles zu tun**, um die **Durchführung der Wahlen** zur Nationalversammlung **zu sichern.**

Berlin, 15. Januar 1919.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik.
gez. Leinert. Cohen. Hermann Müller.

Aus dem Verfassungsentwurf.

Nach dem Entwurf, den die Nationalversammlung über die Verfassung der deutschen Bundesrepublik zu beraten haben wird, soll letztere aus einer Anzahl Freistaaten bestehen. An die Spitze wird ein Präsident gestellt, der auf zehn Jahre gewählt ist. Die Regierung wird von einem Reichskanzler und von Reichsministern gebildet. Das **Volkshaus** wird die Stelle des bisherigen Reichstags, das **Staatenhaus** die des Bundesrats einnehmen.

Die Wahlen im Süden.

In Bayern und in Württemberg haben am Sonntag die Wahlen zu den Landesversammlungen stattgefunden. Ueberall hat die **Sozialdemokratie einen gewaltigen Aufschwung** genommen. Das steht fest, wenn auch abschließende Zahlen noch nicht vorliegen. In Bayern ist es gelungen, **die Macht des Zentrums zu brechen**, und das will für die fernere Entwicklung Bayerns ungeheuer viel besagen. Hatte doch im verflossenen Landtag das Zentrum die Mehrheit und konnte damit den Einfluß der anderen Parteien auf die Staatsgeschäfte ausschalten. Mit großen Hoffnungen ist die **Deutsch-demokratische Volkspartei** in den Wahlkampf gezogen, und sie hat **jämmerlich Schiffbruch** gelitten. Das Volk hat kein Vertrauen zum Liberalismus, in welcher Form er auch auftreten mag. In Württemberg hat diese Partei besser abgeschnitten, das mag daran liegen, weil ihren Kern dort die alten Demokraten bilden, die immerhin eine Politik getrieben haben, die sich von der Verschwommenheit des Liberalismus ziemlich frei hielt. Die Sozialdemokratie erzielte in Württemberg 452 450 Stimmen und hat damit alle anderen Parteien weit hinter sich gelassen. Am schlechtesten haben sowohl in Bayern als auch in Wüttemberg die Unabhängigen abgeschnitten, die bei jeder Gelegenheit behaupten, daß die Massen des Volkes auf ihrer Seite stehen.

In Württemberg stehen den 452 450 Stimmen der Sozialdemokratie ganze 40 000 der Unabhängigen gegenüber, und in Bayern haben sie gerade in den Industriezentren auffallend schlecht abgeschnitten. So erhielten in Nürnberg die Sozialdemokraten 96 516 Stimmen, die Unabhängigen brachten es auf 10 409. In Würzburg war das Verhältnis 14 875 zu 182. In Augsburg 34 250 zu 425 und in München 148 303 zu 16 145. Gegenüber den gewaltigen Stimmenzahlen, die auf die Sozialdemokratie entfallen sind, bedeuten die Stimmen der **Unabhängigen winzige Minderheiten**, ihre Prophezeiung, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihnen steht, ist jämmerlich in sich zusammengefallen. Mit stolzen Hoffnungen sind die Unabhängigen in diese Wahlkämpfe hineingesegelt und auf armseligem Kahn kommen sie in den schützenden Hafen zurück. Auf den Ausfall der Wahlen im Reich lassen die Wahlen in den Einzelstaaten natürlich keinen sicheren Schluß zu, weil bei den Landtagswahlen rein lokal begrenzte Einflüsse mitspielen, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung in den Hintergrund treten. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse in Bayern und in Württemberg sind ganz anders geartet, als wie in Mittel- und in Norddeutschland. Fest steht aber doch das **gewaltige Anwachsen der Sozialdemokratie** und das **Zurückdrängen der bürgerlichen Parteien.**

Herr Eisner prophezeit.

Bern, 13. Januar. Ein Sonderberichterstatter des Matin hat in München am 2. Januar den Ministerpräsidenten **Eisner** interviewt. Eisner erklärte ihm u. a., daß die Unabhängigen in Deutschland die ungeheure Mehrheit des Volkes hinter sich hätten. Wenn man dies **jetzt noch nicht erkenne**, so werde man es bei den **Wahlen sehen**, dann würden die Unabhängigen die ganze Macht in Deutschland haben, und die Herren vom Schlage Scheidemann und Auer würden zwar mit den Unabhängigen arbeiten können, würden **ihnen aber die erste Stelle einräumen müssen.**

Nach dem **Wahlergebnis** in Bayern wird Herr Eisner wohl aus allen Himmeln gefallen sein, und die **Wahlen zur Nationalversammlung** werden noch deutlicher beweisen, daß Herr Eisner wieder mal **falsch prophezeit** hat.

Das Wahlrecht der Osttruppen.

Das Kabinett hat heute beschlossen, daß den **Truppen an der Ostfront** das **Wahlrecht** zur Nationalversammlung unbedingt **gewahrt** bleiben soll. Sie sollen zwei Abgeordnete wählen. Die Wahlordnung wird demnächst festgesetzt.

Der Ruf nach proletarischer Einigung.

Die Parteizerreißung ist von der Masse der Arbeiter immer als schweres Unrecht empfunden worden. Es ist daher durchaus kein Wunder, daß der Ruf nach Einigung bei ihr immer lauten Widerhall findet. Besonders lebhaft begrüßt wurde er natürlich inmitten der jüngsten Kämpfe in Berlin, die zu einem so bedauerlichen Blutvergießen geführt haben.

Die Einigung des Proletariats ist geradezu eine sozialdemokratische Programmforderung. Aber um sie wirksam zu machen, muß man erst die **Grundlage der Einigung** kennen. **Wir können uns nur mit denen einigen, die auf dem Boden des Erfurter Programms stehen**, d. h., den Sozialismus durch die Demokratie verwirklichen wollen. Wer die Gewaltherrschaft einer Minderheit und den Terror als Kampfmittel predigt, hat damit aufgehört, Sozialdemokrat zu sein. Er ist Kommunist, Anarchist oder Anarchosozialist, aber niemals Sozialdemokrat. Die **Einigung mit ihnen** ist genau **so unmöglich** wie mit den Deutsch-Demokraten, die zwar unser demokratisches Programm annehmen, aber unser sozialistisches Programm ablehnen.

Vollziehen kann sich die Einigung nur in der Weise, daß in der neuen Organisation die Mehrheit entscheidet und die Minderheit sich fügt. In dem wieder vereinheitlichten Parteiverein wählt die Mehrheit den Vorstand und beteiligt die Minderheit, wenn sie gerecht und vernünftig ist, nach dem Maß ihrer Stärke. Irgendwelche vorherigen Bedingungen, daß dieser oder jener Mann nicht wieder gewählt werden dürfte, sind unmöglich; sie verstoßen gegen die Demokratie. Wer später Führer wird, das wird die Mehrheit schon entscheiden; sie wird dazu den Mann nehmen, der ihr höchstes Vertrauen genießt.

"Kompromittierte Männer" gibt es in der Sozialdemokratie nicht. Insbesondere **Ebert** und **Scheidemann haben stets zur Einigung** geraten und stets nur ausgeführt, was die Mehrheit der Parteigenossen selber beschlossen hat. Ihre Kriegspolitik, die darin bestand, nicht auf die Hilfe der Internationale zu warten, sondern selbst dafür einzutreten, daß wir unser Bestes tun, um das schwere Unglück der Niederlage vom Lande abzuwehren, hat sich als richtig erwiesen. Die Kriegspolitik der Unabhängigen war auf lauter Irrtümern und Illusionen aufgebaut. Aber wir wollen jetzt gar nicht richten. Der Krieg ist vorbei, und die Kriegspolitik spielt im Augenblick praktisch keine Rolle, sie kann später historisch genau untersucht werden. Jetzt kommt es nur darauf an, daß die Arbeiterklasse sich einigt und dadurch die Errungenschaften der Revolution sichert. Dazu ist nur nötig, daß alle Sozialdemokraten sich auf den Boden der Demokratie stellen und den Willen der Mehrheit als entscheidend anerkennen. Wohin der ... geht, zeigen die Wahlresultate schon jetzt deutlich genug.

„Blutsozialisten".

Die Phantasie gewisser Kreise der Unabhängigen ist unerschöpflich. Das ehrenwerte Organ der Leipziger Unabhängigen hat eine neue Bezeichnung für die Scheidemänner erdacht. „Den **Blutsozialisten** ist es gelungen, die gegen sie gerichtete Bewegung in einem **Blutbade** zu ertränken." So schreibt die Leipziger Volkszeitung. Man ist fürs erste sprachlos über die Niederträchtigkeit solcher Art **Verhetzung**. Was war das für eine Bewegung? War es eine Bewegung, die mit den Waffen des Geistes sich durchzusetzen suchte und auf friedlichem Wege und durch Aufklärung die Massen für sich und gegen die Regierung gewinnen wollte? Nein. Diese Bewegung verzichtete von vornherein auf friedliche Wege, bewaffnete sich, besetzte mit Waffengewalt private und öffentliche Gebäude und wollte, selbst eine verschwindende Minderheit, einzig und allein durch die brutale Gewalt der Waffen eine übergroße Mehrheit terrorisieren, ihr ihren Willen mit Maschinengewehren aufzwingen. Was für eine tolle Begriffsverwirrung muß in **den Köpfen** herrschen, die es als ein **Verbrechen** bezeichnen, wenn der Friedlichste sich eines bewaffneten Straßenräubers, der die rücksichtslosesten Mordabsichten zeigt, erwehrt. Nach der Moral der Leipziger Volksztg. wäre es wohl richtiger gewesen, wenn die angegriffene Regierung sich ohne Sträuben hätte niederknüppeln lassen, trotzdem sie die große Masse des Volkes hinter sich hatte und es ihr, wie die Tatsachen gelehrt haben, ein leichtes war, der gewalttätigen Minderheit Herr zu werden. Nicht an deren Händen klebt Blut, die sich eines Angreifers erfolgreich erwehrt haben, sondern, wenn es schon einmal **Blutsozialisten** geben soll, dann sind es die, die ohne Rücksicht auf die Folgen die Waffen ergriffen und gegen die Regierung vordringen, und ferner **die, die solches Treiben unterstützen.**

Ein Urteil über die Unabhängigen.

In der Welt am Montag, die den Unabhängigen bisher sehr das Wort redete, schreibt H. v. Gerlach: „Berlin ist nicht Deutschland. Im Gegenteil! Die radikalen Elemente in Berlin machen viel Wesens von allerlei radikalen Kundgebungen im Reiche. Man täusche sich nicht! Gewiß gibt es einige Zentren wie Leipzig (auch **Halle**), wo die Unabhängigen dominieren. Gewiß gibt es einige Hafen- und Industrieorte, wo **Spartakus**leute genug hat, um Putsche hervorzurufen. Aber wenn man das Ganze übersieht, so wird man sagen, daß die Unabhängigen froh sein können, wenn sie 30 Mandate für die Nationalversammlung erlangen. In Baden haben sie **nicht einen** Abgeordneten zur badischen Konstituante durchbringen können. Das ist nicht typisch. Aber es gibt außer Baden doch noch weite Gebiete (Schlesien, Pommern, Provinz Sachsen, Hannover, Schleswig-Holstein usw.), wo es ganz ähnlich ausschaut. Und **Spartakus** gar! Er ist fast nur **Berliner Exportware.** Als in der großen Arbeiterstadt Magdeburg vor acht Tagen die Berliner Emissäre von Spartakus erschienen und auf den Straßen das Volk harangierten, da lachte man sie erst aus und setzte sie dann etwas unsanft wieder in den Zug. Aehnlich ist die Stimmung fast überall im Reiche. Sie schwankte bisher zwischen Lachen („Narren!") und Erbitterung („Verbrecher!"), wird aber nun nach den Berliner Ereignissen sich wohl allgemein zu einem Gefühl der Wut konzentriert haben."

Nimmt man dazu noch die Erfahrungen der Landtagswahlen in Württemberg und Bayern, sowie bei den Chemnitzer Stadtverordnetenwahlen und bei den A.- und S.-Rats-Wahlen in Dresden und in Chemnitz, wo die **Unabhängigen schwere Niederlagen erlitten**, so wird man dieser Ansicht nur beipflichten können.

Erzberger über die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen.

Berlin, 15. Januar. In einer Wählerversammlung in Ulm erklärte Staatssekretär **Erzberger**, wie in der Voss. Ztg. mitgeteilt wird, daß im Volke **viel zu wenig Verständnis für den ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage** vorhanden sei. Wenn bis Februar **keine Nationalversammlung** zusammentreten könne, würde uns **ungeheure Verschärfung des Waffenstillstandes** und der **Friedensbedingungen** drohen, die unserem Volke ein Sklavenjoch für Jahrzehnte aufladen würden. Das deutsche Volk wehre sich zu wenig gegen die ungeheuren Forderungen.

Ende gut, alles gut.

Erzählung aus dem Ries von **Melchior Meyr.**
(Schluß.)

Die Gret hatte dem Michel mit froher Verwunderung zugehört. Wie kam er plötzlich dazu, mit andern Spaß zu machen und so nette Dinge zu sagen? — Eine neue Tugend, die sie ihm nicht zugetraut hätte, und deren Hervortreten sie in große Freude versetzte.

Die Szene war friedlich, ja ergötzlich geworden. Sie hatte große Aehnlichkeit mit der Auflösung eines Lustspiels, wo alles in Heiterkeit verschlungen und der heftigste der vorangegangenen Konflikte eben am pikantesten erscheint. Zum Glück hatte der Streit keine tragischen Folgen gehabt. Niemand war gefährlich verletzt. Die Geschlagenen und Betäubten erholten sich wieder, nahmen Trost an und hofften in wenigen Tagen geheilt zu sein. Alles fügte sich in seine Lage, und das Vergnügen wollte eben wieder seinen Lauf nehmen, als auf einmal von außen her der entrüstet herrische Ruf erscholl: „Wo ist's? Wer hat die Frechheit gehabt —"

Ein Gendarm trat herein, nicht einer von den gutmütigen und volksfreundlichen, wie es deren gibt, sondern ein grimmiger, der als Repräsentant des Gesetzes das Gefühl hatte, daß sich eigentlich alles vor ihm verkriechen müsse. Er hatte, im Freien spazierend, erst jetzt von der Schlägerei Kenntnis erhalten und eilte herbei, die Schuldigen herauszufinden und Anzeige zu machen. „Wer hat hier geschlagen? Wie ist der Streit angegangen? — Antwort!" Auf diese mit funkelnden Augen und vernichtender Miene herausgestoßene Rede trat Michel großartig vor und sagte: „Ih ben's, der Streit g'hett hot! — i hab' a halb's Dutzet Kerl zammg'schlaga', die auf me loasganga' send — ih alloë! Mei' Nam' ist Johann Michael Schwab, ond i ben vom Dorf. So, 'etz woöß 'r, was er wissa' mueß. Jetz zoeg 'r me a', ond was m'r noch'm Rehcht g'hoart, des will e haba'." — Der Gendarm, von dem riesigen Burschen etwas imponiert, aber vom Stolz dieser Rede noch mehr indigniert, versetzte streng und mürrisch: „Was ist das für a Rüpelei! — Raufen!" — Schon war Michel bereit, dem Gendarmen hinauszugeben, was ihm nach seiner Meinung gebührte als auf einmal ein junger Bursche aus der Menge heraus mit schelmisch heller Stimme rief: „Der Schneider hot a'g'fangt!"

Allgemeines schallendes Gelächter folgte dieser Erinnerung an eine komische Wahrheit und ließ sich nicht mehr beruhigen. Der Gendarm fand für gut, sein strenges Wesen, auf das niemand mehr achtete, beiseite zu setzen und mit pflichtmäßiger Ruhe die zu seiner Anzeige nötigen Erkundigungen einzuziehen. Währenddem faßt die Gret den Michel bei der Hand und sagte im Ton herzlichen Bedauerns: „Jetz kommst no' en O'gelegenheit, Michel — wega' mir! — 's duet m'r wärle recht von Herza' loëd (leid)!" — „Bah," erwiderte der Bursche — „da' Kohpf kost des no' lang net! — Ond wann's anderst ganga' wär' — ond wann's n' kosta' dät — 's dät me net ruia (reuen)!" — Das war ein Kompliment für die Gret! — Das Mädchen fand, daß Michel auch besser reden könne als alle Bursche, die sie bis jetzt gehört hatte — und ihre Freude kannte keine Grenzen.

Nach einer Weile finden wir das Paar auf dem Wege zu dem Hause Michels. Die Fischotterkappe und der abgerissene Juppenflügel hatten sich wiedergefunden und dieser war von der Gret angegluft worden, so daß unser Held mit Ehren durch die Gasse gehen konnte. Eine Ueberraschung war der Mutter freilich nicht mehr zu bereiten, denn Kaspar der Getreue, hatte sich schon zu ihr verfügt und ihr alles erzählt. Die gute Alte fühlte eine unendliche Liebe zu der Gret. Wäre sie eine gebildete Frau gewesen, sie wäre der Schönen, Lieben und Klugen mit den zärtlichsten Ausdrücken um den Hals gefallen. Als ein Weib aus dem Dorfe, wo Umarmungen weniger vorkommen, ergriff sie die Hände der künftigen Söhnerin und preßte sie, während die herrliche Erfüllung des so lange versagt gebliebenen und schon aufgegebenen Herzenswunsches ihr Freudentränen in die Augen trieb. „No," rief der Sohn ihr vergnügt zu, „hab' e net g'sakt, daß i ebbes durchsetz', wann i amol drauf ausgang'?" „Ja, des glob' e," erwiderte die Mutter, „wamma' des Glück hat, wo du ha'et g'hett host; doh ka n a'n leder zu ebbes komma'!" — „Ja, lieba Mueter," versetzte Michel, „Glück mueß ma'n allweil haba', wamma'n ebbes durchsetza' will en dear schlechta' Welt! Ohne des got nex!"

Wir brauchen nicht zu sagen, daß der wackere Vater der Gret, zu dem man sich gleich nachher verfügte, unserm Paar kein Hindernis in den Weg legte. Er mußte sich am Ende auch sagen, daß der Michel als Mann der Gret eine bessere Figur mache als der gute Jakob. Nachdem er seine Einwilligung erteilt hatte, sah er übrigens die Tochter lächelnd an und sagte: „O uir Weibsbild'r, en ui kennt se doch koë Mensch aus!" — Michel, seinen Arm um die Geliebte schlingend, erwiderte heiter: „I moënet ietz doch i dät me auskenna' en dear doh!"

*

Unsere Geschichte ist zu Ende. Damals glaubte man nicht, daß die bürgerliche Gesellschaft in Gefahr sei, wenn bei einem Bauernfest eine kleine Schlägerei vorfiel. Man faßte bei Gericht die Sache von der heitern Seite auf, und die Beteiligten kamen mit verhältnismäßig leichten Strafen davon.

Auf den Schneider hatte die Erfahrung, die er machte, eine günstige Wirkung. Nachdem er als derjenige, welcher nachweislich zuerst geschlagen, auch noch am bedeutendsten gestraft worden war, fühlte er sich von dem „Spruhz," der ihn bis dahin besessen hatte, so ziemlich geheilt. Er lernte sein Verhältnis zur Welt in richtigerm Lichte sehen und verzieh nach Art der gutmütig eiteln Menschen nicht nur dem Michel, sondern auch der Gret, welche bei schicklicher Gelegenheit ihn herzlich um Verzeihung bat und hinzufügte: daß sie sich eine solche Freiheit nicht genommen hätte, wenn er nicht ihr Vetter und ihr außerdem als ein herzensguter Mensch bekannt gewesen wäre! — Bald nachher sagte der Gute zu seinen Kameraden: „Am End' isch mei' Glück, daß e die net kriegt hab'!" Und die Kameraden stimmten ihm lachend bei. In der Folge heiratete er eine Kleine, Feine und Gutmütige, die ihn respektierte, und lebte als Dorfschneider zufrieden und glücklich.

Unser Paar feierte den Ehrentag noch in demselben Jahre. In der Zwischenzeit hatte die Gret den Michel so weit gebracht, daß er nach dem Heimgang von der Kirche zu allgemeinem Beifall mit ihr tanzte. Unter dem Gemurmel desselben sang Kaspar, der Hochzeitknecht, mit fröhlicher Miene das herkömmliche Liedchen, womit wir die Erzählung beschließen wollen:

Die ersten drei Reihen
Sind aus und vorbei,
Und nun steht das Tanzen
Jedem anderen frei! —

(Ende.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190116-13/fragment/page=0002

Weitere Sicherung in Berlin.

Nachdem der Stadtteil Moabit nach Waffen durchsucht worden ist, nehmen Regierungstruppen in starken Abteilungen die gleiche Arbeit in anderen Stadtteilen vor.

Liebknecht verhaftet.

Wie der Vorwärts mitteilt, ist Liebknecht am Mittwoch abend in der Wohnung eines Freundes verhaftet worden. Dasselbe soll auch mit Rosa Luxemburg geschehen sein. Auch Karl Kautsky wurde einem Verhöre unterzogen, dann aber wieder freigelassen.

Tagung der Nationalversammlung.

Es wird von der Regierung beabsichtigt, die Nationalversammlung Anfang Februar zusammenzurufen. Ueber die Dauer der Tagung läßt sich noch nichts sagen, doch kann immerhin Pfingsten herankommen, ehe sie ihre Arbeiten erledigt haben wird.

Die Bewegung im Reiche.

Berlin. Der Zentralrat der deutschen Republik hat an die A.- und S.-Räte der Städte Duisburg, Mülheim (Ruhr), Oberhausen, Hamborn (Rheinland) und Walsum (Rheinland) telegraphisch das Ersuchen gerichtet, auf Grund des Verhältniswahlsystems sofort Neuwahlen vorzunehmen. In den genannten Städten haben sich, hervorgerufen durch ungerechte und ungeordnete Wahlen, unhaltbare Zustände entwickelt, die geändert werden können, wenn durch die Verhältniswahl jede Partei die ihrer Stärke entsprechenden Sitze in den A.- und S.-Räten erhält.

Ohne Wasser sind die rheinisch-westfälischen Bezirke Mülheim, Duisburg, Oberhausen, Essen, Borbeck, Sterkrade, Osterfeld, Bottrop, Gladbeck, Kirchhellen, Dorsten usw. Auf den Zechen und sonstigen Industrieanlagen machte sich das empfindlich geltend. Die Arbeiter des Wasserwerks, das den ganzen Bezirk versorgt, hatten erneute Lohnforderungen gestellt. Die Direktion war bereit, 24—16 Mk. Tageslohn zu zahlen. Dies wurde energisch abgewiesen.

Die Braunschweiger Regierung hat die Entwaffnung aller nach dem Osten gehenden Züge angeordnet. Sie verhindert dadurch den Schutz des Ostens gegen Polen. Der A.- und S.-Rat Hannover hat darauf den Bahnhof Vorsfelde besetzt, um die Truppentransporte zu sichern.

In Gleiwitz fand ein von den Mehrheitssozialisten veranstalteter Demonstrationszug statt, an dem über 15 000 Personen teilnahmen und der zu einer machtvollen Kundgebung für die Regierung Ebert-Scheidemann wurde. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfall.

In Buer i. W. fand ein heftiges Gefecht zwischen Regierungstruppen und Spartakisten, die sich im Rathaus festgesetzt hatten, statt. Es wurde mit Gewehren und Maschinengewehren geschossen. Die Spartakisten hißten die weiße Fahne und ergaben sich. Der Kampf hat fünf Tote gekostet, die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest.

In Bremen ist nach Privatmeldungen seit Dienstag eine Bewegung gegen die Diktatur der Unabhängigen und Kommunisten im Gange. Soldaten besetzten die Kasernen, die Weserbrücken, die zu den Kasernen führen, und die öffentlichen Gebäude einschl. des Bahnhofs. Verhaftet wurde der revolutionäre Stadtkommandant und der zweite Vorsitzende des Lokalrates der Volksbeauftragten. Präsident Henke soll geflohen sein. Die Soldaten forderten die Entwaffnung der Zivilisten und Herausgabe aller Waffen. Es hat bei Zusammenstößen Tote und Verwundete gegeben.

In München sagte Eisner in einer Versammlung, die Unabhängigen seien bettelarm in die Wahl gegangen und noch bettelärmer herausgekommen. Demnach sei es kein Unglück, wenn sie wieder verschwänden; er selbst sei niemals richtiger Unabhängiger gewesen. Wenn man ihn weiterarbeiten lasse, werde er gern arbeiten für das Volk.

Berlin. Zum Streik der Berliner Eisenbahnarbeiter ist es nicht gekommen. Die Arbeiterräte der Eisenbahner empfahlen, da eine neue Situation geschaffen, nicht zu streiken. Dieser Auffassung hat man allgemein Folge geleistet.

Beuthen. Der Betrieb auf der Ferdinandgrube ruht. Auf der Radzionka-Grube arbeiten 75 Prozent der Belegschaft, während auf allen übrigen Gruben voll gearbeitet wird.

Essen. In der heutigen Morgenschicht sind die Belegschaften der Zechen größtenteils wieder angefahren. Ausständig sind die Belegschaften von fünfzehn Zechenanlagen mit etwa 11—12 000 Mann.

Frankfurt a. M. Die hiesigen Straßenbahnangestellten sind heute in den Ausstand getreten. Der gesamte Betrieb ruht.

Absetzung des spartakistischen Soldatenrates in Zwickau.

Am 12. Januar hat der große Soldatenrat des Inf.-Regts. 133 in Gemeinschaft mit dem Zwickauer Garnisonkommando beschlossen, den bisherigen engeren Soldatenrat abzusetzen und einen neuen zu bestimmen.

Das Regiment bringt in einem Beschluß zum Ausdruck, daß es auf dem Boden einer freien deutschen Volksrepublik steht und die freie ungehinderte politische Ueberzeugung jedem Einzelnen gewährleistet wissen will. Das Regiment duldet in seiner Geschlossenheit keine Vergewaltigung oder rohe Willkür, die das gleiche Recht am politischen Leben eines anderen hindert.

Auch der Arbeiterrat, der nach dem Austritt der Mehrheitssozialisten nur aus Unabhängigen bestand, die sich gegen eine Neuwahl gesträubt hatten, ist neugewählt worden und setzt sich jetzt wiederum aus Mehrheitssozialisten zusammen.

Die Verhandlungen in Trier.

Am Mittwoch begannen in Trier die Verhandlungen über Verlängerung des Waffenstillstandes. Staatssekretär Erzberger betonte den Friedenswillen des deutschen Volkes, und daß die Bedingungen von Deutschland nach Kräften erfüllt worden seien. Von den 5000 Lokomotiven seien 4907 bis zum 5. Januar abgeliefert, aber nur 1821 übernommen worden. Auch von den 150 000 Wagen seien 105 523 zur Verfügung gestellt, aber nur 68 304 abgenommen worden. Dagegen trete Frankreich in Elsaß-Lothringen auf, als ob das französische Gebietsteile wären. Dagegen müsse schärfster Protest erhoben werden, wie auch gegen die finanzielle und wirtschaftliche Diktatur, die von der Entente gegenüber Deutschland ausgeübt werde. Schließlich legte Erzberger drei Fragen vor: 1. Wann werden Sie die Blockade aufheben. Die Ernährungslage Deutschlands verschlechtert sich von Tag zu Tag. Von dem Stande der Ernährung wird es abhängen, wie die innerpolitische Lage Deutschlands sich gestaltet. Ich warne Sie! Auch Ihre Völker sind nicht gefeit gegen die Weltrevolution. 2. Wird die Entente jetzt bindende Verpflichtungen eingehen über die sofortige Rückgabe der in ihren Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen? Die Regelung der Rückführung unserer Kriegsgefangenen sollte im Präliminarfrieden erfolgen. 2. Wann werden wir in der Lage sein, den Präliminarfrieden zu schließen? Mehr als sechsmal hat die deutsche Regierung ersucht, die Verhandlungen über den Abschluß des Präliminarfriedens einzuleiten. Es ist keine Antwort erfolgt.

Die Forderungen der Entente.

Ueber die Forderungen, die die Entente angekündigt hat und über die jetzt in Trier verhandelt werden soll, ist hier noch nichts Konkretes bekannt. Doch schließt man aus der Tatsache, daß Generalissimus Foch um die Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten von Havenstein ersucht hat, daß es sich auch um die Sicherung der finanziellen Forderungen der Entente handeln wird.

Offenbar ist die Entente um die Sicherheit ihrer Ansprüche gegen Deutschland durch die jüngsten Berliner Unruhen besorgt geworden. Wenn die Entente zur Sicherstellung ihrer Forderungen Land als Faustpfand nehmen würde, so würde die ultraradikalen Parteien in aller Ewigkeit der Vorwurf treffen, deutsches Land unter das Zwangsgebot des Feindes gebracht zu haben, wie durch ihre Unruhen auch bereits die Besetzung von Düsseldorf und Konstanz veranlaßt worden ist.

Was wollen die Parteien?

Die **Deutschnationale Volkspartei** (früher Konservative) will die **Junkerherrschaft** wiederherstellen.

Die Christliche Volkspartei (früher Zentrum) will die **Pfaffenherrschaft** wiederherstellen.

Die **Deutsche Volkspartei** und die **Deutsch-demokratische Partei** (früher Nationalliberale und Fortschrittliche Volkspartei) wollen die Geldsackherrschaft wiederherstellen.

Die **Spartakus-Partei** will die **Diktatur einer kleinen terroristischen Minderheit** herstellen.

Die alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands allein will die Herrschaft des ganzen Volkes, das Recht aller geistig und körperlich Schaffenden verwirklichen.

Deshalb wähle ich sozialdemokratisch!

Keine internationale Kontrolle der Rohstoffe durch die Alliierten.

London. Reuter. Morning Post meldet aus Paris: Die Alliierten haben nicht die Absicht, die Regierungskontrolle weiter über die Industrien in ihren Ländern durchzuführen. Sie haben auch beschlossen, keine internationale Kontrolle über die Rohstoffe auszuüben.

Die Lage im Osten.

Nach Berichten soll Bromberg von den Polen eingeschlossen sein. Die militärische Lage in Bromberg hat noch keine Aenderung erfahren. Die Polen haben an keiner Stelle Fortschritte gemacht. Im Nakeler und Wirsitzer Kreis herrscht Ruhe. Der Bahnverkehr Bromberg—Schneidemühl—Berlin ist in vollem Umfange wieder aufgenommen und wickelt sich ohne die geringsten Störungen ab. Entgegen vielfach unzutreffenden Schilderungen, die geeignet sind, die Bevölkerung zu beunruhigen, wird wiederholt betont, daß die Entwicklung der Verhältnisse die besten Hoffnungen zuläßt, und jede Besorgnis grundlos ist. — An der Netze fanden Patrouillenkämpfe statt. Polnische Banden entwickelten eine rege Tätigkeit. Auf dem Bahnhof Nakel zeigte sich eine Bande, um zu stehlen, verschwand aber nach kurzer Zeit wieder.

In Thorn ist verschiedenen Meldungen zufolge die Lage der Deutschen günstig.

Mitau ist von deutschen Truppen geräumt worden. Goldingen und Hasenpot werden durch kleine Freiwilligen-Abteilungen gesichert. Der Bahnbetrieb auf der Linie Mitau—Schaulen ist eingestellt.

Posen. Durch Reskript des polnischen Obersten Volksrates ist die Posener Stadtverordnetenversammlung aufgelöst worden.

Frankreich.

Der Prozeß gegen Vilain, den Mörder Jaurès, soll nun endlich am 24. März seinen Anfang nehmen.

Zur Wahlbewegung.

Nicht zerstören, aufbauen wollen wir.

Mit zitterndem Herzen haben wir Frauen die Nachricht von den Straßenkämpfen in Berlin entgegengenommen. Es muß unser Wunsch und Wille sein, dazu beizutragen, daß so furchtbare Dinge in Zukunft nicht mehr vorkommen. 51 Monate Krieg haben uns genug Elend gebracht, wir ha[illegible] viel gut zu machen. Krüppel, Witwen und Waisen stellen mit Recht ihre Forderungen an das Volk. Ihren Forderungen gerecht zu werden ist unsere heiligste Pflicht.

Wir Frauen wollen keinen Bruderkrieg, sondern Frieden, wir wollen auch keine Gewaltherrschaft von rechts oder links, die teuer erkaufte Freiheit wollen wir festhalten.

Wenn wir Frauen und Mädchen Friede und Freiheit wollen, müssen wir die Partei stärken, die mit Besonnenheit und wohlüberlegten Taten die Erfolge der Revolution schützt, die allen Menschen gleiches Recht erstrebt.

Auf! Frauen und Mädchen, nicht gezögert! Beweisen wir den wüsten Schreiern, daß uns keine Worte nicht beirren können, daß wir wissen, was wir wollen, und einmütig hinter der Regierung und in den Reihen der alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen. Die stark zunehmenden Mitgliederziffern der Partei und die am 19. Januar 1919 stattfindenden Nationalwahlen müssen den Beweis liefern, daß wir deutschen Frauen unsere Pflicht erkannt haben.

Alma Fritsch.

Die Einheitsschule.

Sehr oft tritt diese Bezeichnung an die Zeitungsleser heran, ohne daß eine große Zahl von ihnen sich eine Vorstellung machen kann, wie eine solche Schule gedacht ist. Es sei daher gestattet, kurz zu entwickeln, wie sich die Volksschullehrerschaft diese von ihr angestrebte Einheitsschule denkt.

Oberste Grundsätze sind: 1. Schulgeldfreiheit und Lieferung aller Lernmittel für die ganze Schulzeit,

2. Gleiche Rechte und Freiheit für alle Stände bei der Wahl des Bildungsweges,

3. Gleiche Möglichkeit des Aufstieges der Kinder aller Stände nur auf Grund der Befähigung.

Wie diese Grundsätze in die Wirklichkeit umzusetzen wären, zeige folgender Aufbau der Einheitsschule, die nicht etwa eine Schule für sich ist in einem geforderten Gebäude, sondern ein Schulsystem bedeutet, das alle Schularten umfaßt und in innigste Verbindung mit einander bringt.

Mit dem 6. Jahre treten sämtliche Schulneulinge ein in die Grundschule. Sie verbleiben in derselben ungetrennt mindestens 4 Jahre, also bis zum 10. Lebensjahre. Abtrennung von Kindern während dieser 4 Jahre erfolgt nur bei geistig zu schwachen Kindern, die der Hilfsschule, ferner bei schwer zu erziehenden Kindern, (Schulschwänzer, widerspenstige, unmoralische, ständig unsaubere Störer des geordneten Schullebens), die einer Sonderschule mit straffer Zucht überwiesen werden.

Nach Abschluß des 4. Schuljahres tritt zum ersten Male eine Trennung der Schüler der Grundschule ein. Je nach den bisherigen Leistungen, und je nach der Entwickelung der Fähigkeiten können sich die Eltern für Weiterführung des Bildungsweges entscheiden 1. für die öffentliche Volksschule, oder 2. für die höhere Schule.

1. Die Volksschule. Sie umfaßt zwei in ihren Lehrzielen und der Schulzeit verschiedene Klassenreihen.

Die eine Klassenreihe heiße Reihe A.

Sie verlangt 1 Schuljahr mehr, reicht also vom 10. bis 15. Lebensjahre.

Die andere Klassenreihe B hat etwas geringere Lehrziele und einen Schulabschluß mit dem 14. Lebensjahre.

Reihe B (vom 10.—14. Lebensjahre.)

Dieser Klassenreihe werden überwiesen:

1. Die Kinder aller Stände, welche in den 4 Jahren der Grundschule keine über das Mittelmaß hinausreichende Begabung und Leistung bewiesen haben.

2. Die Kinder aller Stände, bei denen die Eltern trotz höherer Begabung die Schulentlassung mit dem 14. Jahre wünschen. Ein Zwang, in Klassenreihe B einzutreten, besteht also nur in dem Falle, daß die Begabung für eine anderweitige Unterbringung absolut nicht ausreicht. In allen anderen Fällen liegt die Entscheidung bei den Eltern.

Reihe A (vom 10.—15. Lebensjahre.)

Sie steht den Kindern aller Stände offen, falls eine über das Mittelmaß hinausreichende Begabung in den 4 Jahren der Grundschule bewiesen ist. Die Eltern haben sich nur bereit zu erklären, daß sie mit einem bis zum 15. Lebensjahre reichenden Schulbesuch einverstanden sind.

2. Die höhere Schule.

Sie umfaßt Real-, Oberrealschule, Reformrealgymnasium und Gymnasium für alte Sprachen. Ihr können die fähigsten Kinder aller Stände zugeführt werden. Für die Eltern solcher Kinder bieten sich also 3 Wege.

1. Soll die Schulentlassung mit dem 14. Jahre erfolgen, so geschieht Einschulung in Reihe B der Volksschule.

2. Soll die Schulzeit bis zum 15. Jahre reichen, so folgt Einschulung in Reihe A der Volksschule.

3. Können sich die Eltern entschließen zu einem Schulbesuche vom 10.—18. Lebensjahre, so folgt Einschulung in die höhere Schule, die von den Eltern gewünscht wird.

Wir sehen, daß nur in einem Falle Zwang herrscht, nämlich beim Fehlen einer höheren Begabung. Das ist ein Punkt, mit dem sich nun einmal alle Eltern abfinden müssen. Was nützt denn auch unter solchen Umständen eine Einschulung in eine höhere Schule, da doch trotz jahrelanger Quälerei dem Kinde am Ende nur eine Halbbildung geboten, oder bei Umschulung kein geringer Schmerz bereitet wird. Eine Einschränkung, oder ganz und gar eine Beseitigung derartiger Möglichkeiten, wäre ein Segen für Kind, Eltern und Lehrer. In allen sonstigen Fällen haben also die Eltern freie Entscheidung über Gestaltung des Bildungsweges ihrer Kinder. Der Name „Zwangs-Einheitsschule" paßt also absolut nicht und ist nur geeignet, völlig falsche Vorstellungen von der Einheitsschule entstehen zu lassen.

Zu erwähnen ist endlich noch ein Umstand. Oft entwickeln sich Kinder erst später. Für diese Fälle sind Einrichtungen vorgesehen, daß die Kinder aus Reihe B nach A, aus A nach einer höheren Schule überführt werden können.

So ist also die Einheitsschule eine Schulorganisation, die allen Eltern völlige Freiheit läßt bei Auswahl des Bildungsweges der Kinder und allen Kindern die Möglichkeit gibt, den Fähigkeiten entsprechend vorwärts zu kommen.

Die meisten Fälle der Uebergänge werden bei Reihe B und A in der Volksschule vorkommen. Da ferner die Lage der elterlichen Wohnung wesentlich mitsprechen muß, so ergibt sich die Notwendigkeit, daß Reihe B und A in einem Schulhause untergebracht werden; sind sie doch zwei Glieder eines Körpers, nämlich der Volksschule. Jeder Bezirk erhält dann in seiner Mitte seine Volksschule. Mit dieser Einrichtung ist der Wegfall der bisher als gesonderte Standesschule bestehenden Mittelschule gegeben. Sie hat in Reihe A der Volksschule gleichwertigen Ersatz gefunden. Dieser Meinung war auch der Hallische Lehrerverein, als er beschloß: „Beseitigung aller Standesschulen, besonders der Vor- und Mittelschulen, und Schaffung einer mindestens 4 Jahre umfassenden Grundschule für alle Kinder." In gleichem Sinne entschied sich z. B. die Lehrerschaft in Harburg, als sie am 24. November geschlossen, mit Ausnahme der Oberlehrer an höheren Schulen, die Beseitigung der Vor- und Mittelschulen beschloß.

Auch vom katholischen Lehrerverein Frankfurt a. M. wurde uns bekannt, daß er sich für Abbau der Vor- und Mittelschulen und einheitliche Gestaltung des ganzen Schulwesens entschieden hat.

Ferner hat sich der Kreis-Lehrerverein des Saalkreises für Beseitigung der Vor- und Mittelschulen erklärt.

Wenn man nun noch bedenkt, daß durch einheitliche Gestaltung der Lehrpläne, von der kleinsten Landschule herauf bis zu den Gymnasien, die Möglichkeit gegeben wäre, jedes Kind vom entlegensten Dorfe leicht seinem weiteren Bildungswege zuweisen zu können, so vermag jeder Leser den unermeßlichen Segen dieser „Einheitsschule" zu erkennen. Mögen diese Zeilen helfen, einen klaren Begriff von der Einheitsschule zu verschaffen und für sie zu werben.

P. Dankwart.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190116-13/fragment/page=0003

Alte sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Vorsitzende: Ebert — Scheidemann.

Wähler von Halle!

Freitag, den 17. Januar, abends 7½ Uhr, in den Thaliasälen

Grosse öffentliche Wähler-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Auf zu den Wahlen am 19. und 26. Januar. Referent: Genosse **Dr. Heine, Berlin.**

2. Freie Aussprache.

Wählerinnen und Wähler! Es **trennen** uns nur noch **Stunden** von der Wahl, deshalb auf zur **Versammlung!**

Der Einberufer.

Stadt-Theater

Freitag, den 1. Jan. 1919, Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr:
Die weiße Dame.
Kom. Oper von Boieldieu.
Sonnabend, Anfang 6 Uhr:
Faust.

Thalia-Theater.

Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 19. Januar 1919, abends 7½ Uhr:
Familie Schimek.
Schwank von Kadelburg.

Sozialdemokrat. Verein Halle,

alte Partei.

Donnerstag, den 16. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Derflinger", Merseburger Straße,

Distrikts-Versammlung

des 8., 9. und 10. Distrikts.

Vollzähliges Erscheinen erwünscht. **Die Distriktsleitung**

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Vorsitzende: Ebert, Scheidemann.

Postbeamten. **Postbeamten.**

Donnerstag, den 16. Januar, abends 7½ Uhr, in Wilsdorfs Konzertsaal, Karlstraße 14.

Oeffentliche Versammsung.

Tagesordnung:

1. **Was verlangen die Postbeamten von der deutschen und preußischen Nationalversammlung?**
Redner: Arbeiter-Sekretär **Kleeis**, Halle.
2. **Freie Aussprache.**

Alle Postbeamten sind zu dieser für **sie** sehr **wichtigen Versammlung dringend** und frdl. eingeladen.

Der Einberufer.

Deutsche demokratische Partei.

Unsere Kandidaten für die Wahl am 19. Januar sind:

1. **Delius, Carl,** Postsekretär in Halle,
2. **Koch, William,** Landwirt in Unterfarnstedt,
3. **Blankenburg, Willi,** Dr., Oberlehrer in Zeitz,
4. **Goschr, Agnes,** Frl., Dr. in Halle,
5. **Mangold, August,** Fleischermeister in Halle,
6. **Keppler, Friedrich,** Gewerkschaftssekr. in Bitterfeld,
7. **Schleele, Renatus,** Mittelschullehrer in Wittenberg,
8. **Ley, Reinhold,** Handlungsgehilfe in Piessa,
9. **Barow, Katharina,** Frl., Jugendpflegerin in Merseburg.

Wähler und Wählerinnen! Seht Euch die Stimmzettel genau an! Laßt Euch nicht irreführen! Die Stimmzettel der Deutschen demokratischen Partei beginnen mit dem Namen

Delius, Karl, Postsekretär in Halle.

Alte sozialdemokratische Partei

Vorsitzende: **Ebert—Scheidemann.**

Der **Wahltag** am 19. Januar entscheidet über **die Zukunft des deutschen Volkes.**

Wie die Wahlen, so unsere Zukunft.

Wer will durch die **deutschnationale** „Volkspartei" das alte gestürzte Regiment wieder in den Sattel helfen?

Wer will durch die **demokratische** „Volkspartei" die Kapitalherrschaft verewigen helfen?

Wer will durch die **„Unabhängigen"** dauernde Verwirrung schaffen?

Wer
für Friede, Freiheit, Brot,
für ruhige Entwicklung im Innern,
für gleiches Recht und gleiche Pflichten,
für nutzbringende Sozialisierung
der
stimme für die Kandidaten der alten sozialdemokratischen Partei:

Thiele, Adolf, Schriftsteller, Halle,
Voß, Otto, Bezirksleiter, Halle,
Ruehland, Lydia, Schwester, Dürrenberg,
Garbe, Hermann, Bezirksleiter, Halle,
Kleeis, Friedrich, Arbeitersekretär, Halle,
Krüger, Richard, Geschäftsführer, Merseburg,
Richter, Friedrich, Eisenbahner u. Kleinlandwirt, Brachstedt bei Niemberg,
Privenau, Wilhelm, Gewerkschaftssekretär, Priesteritz bei Wittenberg.

Auf zur Wahl!

Die Wahlleitung.

Ordentliche

Zeitungsträgerinnen

gesucht.

Verlag der „Volksstimme"

Große Ulrichstraße 23.

Geübte Fensterputzer

oder gewandte Leute

f. Dauer. finden sofort Arbeit.

Vereinigte Glasermeister Halle a. S., a. G. m. b. H.

Herg 23 p

Photosammler

verlangt Angebote,

Gizrach bei Wittenberg.

Holzbildhauer - Lehrling

unter günst. Bedingungen sucht ein

Friedr. Nägel,

Rathausstr. 4, Eing. K. Gerberstr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190116-13/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 13. Halle, Donnerstag, den 16. Januar 1919. 3. Jahrgang.

Der Soldatenrat für die Regierung.

Neuwahl des Vorstandes. — Der Soldatenrat will die Durchführung der Nationalversammlungswahl sichern.

Am Mittwoch tagte der neugewählte Soldatenrat. Seine Tagesordnung war so reichhaltig, daß diese erste Sitzung der neuen Vertrauensleute der Garnison Halle zu einer Dauertagung von früh 10 Uhr bis abends 7 Uhr wurde. Einen breiten Raum nahm die Mandatsprüfung in Anspruch und erst nach lebhaften Auseinandersetzungen konnte man in die eigentlichen Verhandlungen eintreten. Der große Soldatenrat zeigte ein wesentlich anderes Gepräge als vor der Neuwahl, eine ganze Anzahl von alten Vertrauensleuten, die zu den Spartakisten hinneigten, wie z. B. Schuhmacher, sind nicht wieder gewählt worden. Im ganzen konnte festgestellt werden, daß der neue Soldatenrat in seiner Mehrheit auf dem Boden der Rechtssozialisten steht. Das zeigte u. a. der lebhafte Beifall, der einer Erklärung des Kam. Stuß, daß er fest und entschlossen auf dem Boden der Mehrheitssozialisten stehe, folgte.

Bei der Wahl des Vorstandes und des engeren Ausschusses wurden zum größten Teil die vorher amtierenden Kameraden wiedergewählt. In den Vorstand wurden die Kameraden Gruner, Beilicke, [illegible] und Platen einmütig wiedergewählt. In den engeren Rat wurden folgende Kameraden gewählt: Militärkommission: Ferchland, Stellvertreter Schnabel: Rechtskommission: Schwartz; Bildungskommission: Schwarz; Sozialen Ausschuß: Jänicke; Demobilisationsausschuß: Heine; Finanzkommission: Rosenberg, Stellvertreter: Nachtweh; Sanitätskommission: Rottmaier; Pressekommission: Freling; Aufklärungskommission: Stuß; Verkehrskommission: Weber; Waffen- und Munitionskommission: Wagner; Sicherheitskommission: Volkmer, Stellvertreter: Siedschlag; Ernährungskommission: Witzmann für Stadt und Schöpke für Land; Beschwerdekommission: Müller; ferner gehören dem engeren Rat noch Mayer und Arnold an.

Nach Erledigung der Wahlen entspann sich eine lebhafte Debatte wegen der Besetzung des Rosengartens und des Wasserwerkes durch die Artillerie, sowie wegen der Bewaffnung von freiwilligen Zivilisten. Während dieser Debatte erschien eine Deputation des Arbeiterrates Ammendorf. Dieser stellte unter Androhung des Generalstreiks der Ammendorfer Arbeiter, folgende Forderung:

Der Soldatenrat Halle soll sofort verfügen, daß die Zivilisten in der Artilleriekaserne entwaffnet, der Rosengarten und das Wasserwerk von der Besetzung durch die 75er befreit, und die dort angeblich massenhaft liegende Munition an die dafür zuständige Stelle abgeführt werde. Der Soldatenrat schloß sich dieser Forderung an und bestimmte eine Kommission, die sofort an das Regiment 75 gesandt wurde, um diesen Beschluß auf der Stelle zur Durchführung zu bringen. Die Vertrauensleute der 75er erklärten, daß sie schon gestern diesen Beschluß gefaßt hätten und verwahrten sich nachdrücklich dagegen, daß ihnen so ungeheuer viel Mißtrauen entgegengebracht würde. Ein Vertreter appellierte an das Solidaritätsgefühl der Kameraden und mahnte zur Einigkeit, da alle Söhne des neuen sozialistischen Deutschland seien und zu dessen Wohle jeden Bruderstreit vermeiden müßten. Das Regiment 75 hat nach Verhandlung mit der Kommission einen Befehl herausgegeben, daß unverzüglich mit der Entwaffnung der Zivilisten begonnen wird, die ganze Forderung soll bis Donnerstag 12 Uhr erfüllt sein. Dafür will der Regimentskommandeur bürgen. Es herrscht der Wille zur Verständigung und Einigkeit in der Versammlung; der Befehl fand lauten Beifall. Im Anschluß daran setzte die Debatte über die Entwaffnung der gesamten Zivilisten wieder ein, die von den meisten stürmisch gefordert wurde. Es wurde darauf der Antrag Heine: Alle Zivilpersonen, welche Militärwaffen im Besitz haben, sind zu entwaffnen und die unrechtmäßiger Weise erworbenen Waffen an den richtigen Platz zurückzuführen, mit großer Mehrheit angenommen.

Kamerad Schmidt von der Artillerie verlangte eine Erklärung des Soldatenrats, daß derselbe sich fest auf den Boden der Regierung Ebert—Scheidemann stelle. Dafür trat auch der Kamerad Stuß ein, ebenso Kamerad Adler. Nach einer Aussprache einigte man sich auf folgende Formulierung: Der Soldatenrat erklärt, daß er voll und ganz hinter der jetzigen und demnächstigen sozialistischen Regierung steht. Diese Erklärung wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Dann debattierte man darüber, daß die Wahlhandlung, die Wahlstreiheit der hallenschen Bürger, unter allen Umständen geschützt werden müßte. Ein Kamerad erklärte, das sei die erste, die höchste Pflicht des neuen Soldatenrates. Es wurde dann auch einstimmig folgender Antrag des Kameraden Heine angenommen: Der Soldatenrat betrachtet es für seine Pflicht, für den ruhigen Verlauf der Wahlen zur Nationalversammlung zu sorgen und ersucht den Arbeiterrat ebenfalls dafür zu garantieren. Man gewann hierbei den Eindruck, daß der neue Soldatenrat ehrlich und fest entschlossen ist, diesen Beschluß auch durchzuführen. Es wird dies wohl auch die Einwohner von Halle mit Genugtuung und Freude erfüllen, die bis jetzt dem Wahlsonntag mit banger Sorge entgegensahen.

Darauf wurden den 6000 Kriegsbeschädigten, von denen 60 Prozent arbeitslos sind, auf ihren Antrag, statt bisher zwei, vier Vertreter im Soldatenrat gewährt.

Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: Kamerad Zeimke soll gemeinsam mit dem Arbeiterrat Ammendorf die Entwaffnung der dortigen Zivilisten durchführen.

Es wurde schließlich noch bitter darüber Klage geführt, daß die Familien der Sicherheitsmannschaften große Not litten, weil sie in manchen Fällen seit 21. Dezember noch keine Familienunterstützung erhalten hätten. Darauf wurde folgender Beschluß einstimmig angenommen: Falls bis Donnerstag mittag 12 Uhr die Zahlung der Familienunterstützung vom Magistrat nicht angeordnet ist, soll aus Mitteln des Soldatenrats ein Vorschuß von je 75 Mark gewährt werden, der später wieder aufgerechnet wird.

Halle und Saalkreis.

Halle, 16. Januar 1919.

Zur Listenbindung.

Laut Bekanntmachung des Wahlkommissars ist die Liste unserer Partei mit der unabhängigen Liste verbunden worden. Es ist bekannt, daß diese Verbindung lediglich bei Zuteilung der Mandate in Wirksamkeit tritt. Nicht alle unsere Parteigenossen sind damit einverstanden gewesen. Zu den Gegnern der Bindung gehört auch die Redaktion der Volksstimme. Wenn jedoch die Saale-Zeitung sich in langen Ausführungen gegen die Bindung ausspricht, um für ihre Partei daraus Kapital zu schlagen, so mag sie sich gesagt sein lassen, daß wir eine Belehrung durch sie in diesem Falle dankend ablehnen. Die Listenbindung ist nichts weiter als das frühere Stichwahlbündnis. Stichwahlen kann es bekanntlich nicht mehr geben. Unsere Partei hat 1912 ein allgemeines Stichwahlbündnis mit den Fortschrittlern, 1907 ein solches mit dem Zentrum abgeschlossen, obwohl zwischen den Parteien vorher der schärfste Wahlkampf geführt worden war. Angeregt wurde die Bindung durch unsere Vertrauensleute im Bezirk, die durch die Listenverbindung eine Vermehrung unserer Stimmenzahlen erhoffen. Schließlich ist von unserer Seite erst dann auf die Listenverbindung eingegangen worden, nachdem der Ausspruch des Volksblattredakteurs Hennig, daß die Mehrheitssozialisten in keiner Beziehung die Grundsätze des Sozialismus verletzt haben, von der unabhängigen Parteileitung als zu Recht bestehend anerkannt wurde. Ferner nachdem der Bezirkssekretär der Unabhängigen, Reiwand, im Auftrage seiner Partei die Erklärung abgegeben hat, daß sie mit den spartakistischen Umtrieben nichts zu tun haben. Ein Bekenntnis, dem auch Kilian in letzter Zeit wiederholt Ausdruck gegeben hat.

Die Listenverbindung ist — entgegen den Auslassungen der Saale-Zeitung — überhaupt keine grundsätzliche Frage, sondern eine rein taktische. Wie scharf die grundsätzlichen Gegensätze zwischen uns und denen sind, die den Boden des Erfurter Programms unter den Füßen verloren haben und an die Stelle des organischen Aufbaus unter der Voraussetzung von Ruhe und Ordnung Anarchie und planloses Draufloswurfteln setzen wollen, beweisen die Auseinandersetzungen zwischen uns und den Unabhängigen in den letzten Tagen. Jeder Leser der Volksstimme, jeder Besucher unserer Versammlungen weiß, wie scharf wir die Politik der Unabhängigen bekämpfen und verurteilen. Unser grundsätzlicher Kampf gegen die verkehrte Politik der Unabhängigen wird durch die Listenverbindung in keiner Weise beeinflußt, und es ist ganz selbstverständlich, daß wir, wie bisher, unsere alte bewährte zielklare Politik weiter verfolgen.

Zur die Wähler und Wählerinnen.

Eine Sorge des Wählers und der Wählerin ist, am Wahltage den richtigen Stimmzettel zu erhalten. Jeder Stimmzettel enthält nun bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Namen sämtlicher Kandidaten des Wahlkreises, die die betreffende Partei aufgestellt hat. Es ist also kein Stimmzettel im alten Sinne, sondern eine Stimmliste. Die amtliche Bezeichnung für ihn ist „Wahlvorschlag". Jeder Wahlvorschlag wird nach dem Namen des ersten Bewerbers, nicht nach der Parteibezeichnung benannt. Der Wähler muß also wissen, wie der erste Kandidat seiner Partei heißt, um den richtigen Stimmzettel aus den verschiedenen aussondern zu können. Eine Parteibezeichnung enthält der Stimmzettel nicht. Also achte jeder darauf, daß der Stimmzettel, den er abgibt, mit dem Namen

Adolf Thiele

beginnt.

Im Banne der Wahl.

Ganz junge Leute waren es, die gerade das wahlfähige Alter erreicht haben mochten. Von Versammlung zu Versammlung sind sie gezogen, sich Aufklärung und Belehrung zu verschaffen. So mancher erregten Debatte hatten sie gelauscht. Hier und da hatte einer von ihnen selbst das Wort zu ergreifen gewagt. So hatten sie nach und nach sich ihre Meinung gebildet. Wo sie sich unsicher fühlten, da hatte die Zeitung nachgeholfen: hatte ihre Ansichten vertieft und gefestigt, hatte ihre persönlichen Wallungen mehr in den Hintergrund gedrängt und die Forderungen der Allgemeinheit plastischer herausgearbeitet. So hatten die wenigen Wochen, die der Wahl vorangingen, sie politisch geschult und ihnen den Blick für die Forderungen des Tages geweitet, das sie sich ihres Willens bewußt waren und den Weg kannten, den sie zu gehen hatten.

Zwei junge Arbeiter waren es und ein Handlungsgehilfe. In Kontor und Werkstatt und draußen an der Front hatten sie schließlich auch nicht mit verschlossenen Ohren gestanden. Aber so eindringlich war doch bisher nie auf sie eingesprochen worden, wie jetzt. Die sich stündlich überstürzenden Ereignisse hatten sie belehrt, daß es bei dieser Wahl um das Ganze ging. Wollte man das Errungene aufrecht halten und in eine gesicherte Zukunft hineingleiten, so mußte man sich von allen Ueberzeugungen fern halten. Nur eine zielsichere Stetigkeit konnte die Bahn frei machen für eine gedeihliche Entwicklung, für eine geregelte Arbeitstätigkeit im Freiheit und Brot.

So jung die drei auch waren, so wußten sie doch, daß nur dies der einzig gangbare Weg sei. Diesen Weg mit ehrlen zu helfen hatten sie sich nach wohlweislicher Ueberlegung entschlossen. Für ihn zu wirken, wollten sie am Tage der Wahl ihre Stimmen abgeben. Gegen die Einflüsterungen von rechts und von links hatte sie ihr gesunder Menschenverstand, ihr auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stehender Wirklichkeitssinn gewappnet. Das hatte sie mit einer siegessicheren Ruhe erfüllt. So weit es in ihren Kräften stand, wollten sie werben und wirken für ihre Ansicht. Denn nur etwas gab es: aus dem Chaos, aus der Unfreiheit mußte man heraus! Und daran mußte mitwirken, wer auch nur einigen guten Willen hatte! Nur wer hier mit Hand anlegte, stand im Banne der Wahl!

---

* **Arbeiterrat und Magistrat.** In letzter Zeit haben sich die Gegensätze zwischen dem Arbeiterrat und dem Magistrat immer mehr zugespitzt und zu einem unerträglichen Verhältnis geführt. Der Arbeiterrat hat nunmehr am 14. Januar einen Beschluß gefaßt, der sich scharf gegen den Magistrat wendet. Es heißt da u. a.: 1. Die bewaffnete Bewachung der städtischen Gebäude am Markt richtet sich nicht gegen im Dienst der Stadt stehende Personen, auch nicht gegen friedliche Demonstrationen, überhaupt nicht gegen die Bürgerschaft, sondern ausschließlich gegen angedrohte bewaffnete Angriffe auf den Arbeiter- und Soldatenrat; 2. die Bewaffnung der Gebäude wird sofort aufgehoben werden, wenn restlos erfüllt sind die Bedingungen des Uebereinkommens zwischen Garnisontruppen und Arbeiter- und Soldatenrat, vornehmlich diejenige auf Entwaffnung der Zivilpersonen und Entlassung aller bei der Artillerie angenommenen Freiwilligen; 3. hiernach ist festzustellen, daß für die Verzögerung der bereits seit Sonntag beabsichtigten Entwaffnungsmaßnahmen nicht der Arbeiterrat verantwortlich gemacht werden kann; 4. sollte der Beschluß des Magistrats, wonach den städtischen Beamten bei Belassung der Waffen im Stadthause die Ausübung oder Nichtausübung ihrer Pflichten freigestellt sein soll, aufrechterhalten werden und die Wirkung einer Dienstverweigerung haben, so muß der Arbeiterrat die Verantwortung für eine etwa entstehende Beeinträchtigung der städtischen Verwaltung ablehnen. Er weiß aber 5. darauf hin, daß die dienstverweigernden Beamten als freiwillig ohne Pensionsansprüche aus dem städtischen Dienst ausgeschieden zu betrachten sind; 6. der Arbeiterrat erhebt energischen Protest gegen die Mißachtung seines Vertreters im Magistrat durch die Behauptungen, „er habe Lügen vorgebracht", „er sei König von Halle" und „man wolle hier eine Spartakusherrschaft aufrichten". Denn 7. mit der Spartakusbewegung hat der Arbeiterrat zu Halle nicht das Allermindeste gemein. Keines seiner Mitglieder ist Mitglied des Spartakusbundes; 8. sollte der Arbeiterrat aus der Haltung des Magistrats die Ueberzeugung gewinnen, daß der Magistrat die vollziehende Gewalt des Arbeiter- und Soldatenrates und die Abmachungen auf Grund des Ultimatums vom 8. Januar 1919 nicht mehr anerkennen, so weist der Arbeiterrat schon heute darauf hin, daß hinter ihm die gesamte Arbeiterschaft von Halle und Umgebung steht, die bereit ist, ihre wirtschaftliche Macht für die Sicherung des Arbeiterrates unbedingt einzusetzen.

* **Wahlrecht der Heeresangehörigen.** Auf eine vom Wahlkommissar für den Wahlkreis Regierungsbezirk Magdeburg-Anhalt an das Ministerium des Innern in Berlin gerichtete Anfrage, wie sich die Heeresangehörigen, die nicht in der Wählerliste stehen, bezüglich ihrer Wahlberechtigung zur preußischen Landesversammlung ausweisen können, die die Bescheinigung gemäß § 2 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 bei der Stimmabgabe zur Nationalwahl bestimmungsgemäß abgenommen wird, ist folgender Bescheid erteilt:

Preußische Regierung wird Reichsverordnung vom 28. Dezember 1918 auf preußische Wahlen ausdehnen. Truppenteile werden zweite Bescheinigung für preußische Wahlen erteilen."

Die in Frage kommenden Personen müssen die fragliche Bescheinigung rechtzeitig bei ihrem Truppenteil beantragen.

* **Die Postanstalten und die Wahlen zur Nationalversammlung.** Wie das Amtsblatt des Reichspostamts bekannt gibt, müssen sowohl am Tage der Wahlen selbst als auch am Tage der Ermittelung des endgültigen Wahlergebnisses alle beteiligten Postanstalten solange im Dienste bleiben, bis der zu erwartende Verkehr erledigt ist. Dies gilt auch für die auf den Wahltag und auf den Ermittelungstag folgenden Tage, solange noch starker Verkehr aus Anlaß der Wahlen herrscht oder zu erwarten ist.

* **Ein Betrüger.** Unter dieser Spitzmarke brachten wir in Nr. 10 eine Notiz. Herr Postdirektor Schm. teilt uns dazu mit, daß diese Notiz, wonach er 20 000 Mark an einen Betrüger ausgezahlt haben sollte, nicht den Tatsachen entspricht. Die Auszahlung des Betrages ist erst erfolgt, nachdem die Ueberweisung einer gleich hohen Summe an die hiesige Reichsbank feststand und die Legitimation des betreffenden Zahlmeisters in Ordnung befunden worden war. Der Scheck über 20 000 Mark ist am nächsten Zahltage dem Postamte seitens der Reichsbank gutgeschrieben worden. Die Namen des Lts. Gruner und Ferchlandt sind bei der Unterredung gar nicht genannt worden.

* **Die Beerdigung des Todesopfers von der Schießerei am Sonntag.** Am Mittwoch fand die Beerdigung des Schülers Albert Pfifferling statt, der bei der aus Anlaß der Demonstration am Sonntag stattgefundenen Schießerei am Riebedplatz getötet wurde. Eine starke Trauergemeinde gab dem unglücklichen Knaben das letzte Geleit, darunter sämtliche Mitschüler mit ihren Lehrern und eine Abordnung von zwanzig Matrosen, die eine Blumenspende am Grabe niederlegten. Zwei Flieger kreisten über dem Friedhof, als der Sarg der Erde übergeben wurde.

Folgende weitere Erleichterungen für den Postverkehr aus dem unbesetzten Deutschland nach den besetzten Gebieten sind eingetreten: a) nach der amerikanischen Besatzungszone sind gestattet außer Briefen an Kriegsgefangene verschlossene Briefe in dringenden persönlichen und in allen Geschäfts-, Geld- und Verwaltungsangelegenheiten, Zeitungen, Drucksachen, Postanweisungen und Wertbriefe. Die amerikanische Besatzungszone umfaßt den Ober-Postdirektionsbezirk Trier (ausgenommen die Orte Merzig, Birkenfeld, Oberstein und die Gebiete südlich dieser Orte), den linksrheinischen nördlichen Teil des Ober-Postdirektionsbezirks Koblenz bis zur Linie Boppard-Simmern-Büchenbeuren einschl., ferner das Brückenkopfgebiet von Koblenz (ausgenommen den Kreis St. Goarshausen und den Unterlahnkreis); b) nach der französischen Besatzungszone (ausgenommen Elsaß-Lothringen) sind Pakete mit Lebensmitteln ohne anderen Inhalt und ohne briefliche Mitteilungen zur Beförderung über Frankfurt-Wiesbaden zugelassen worden. Pakete mit anderem Inhalt als Lebensmitteln und mit brieflichen Mitteilungen werden feindlicherseits beschlagnahmt. Die französische Zone umfaßt alle besetzten deutschen Gebiete südlich der amerikanischen Zone, also insbesondere die südlichen Teile der Ober-Postdirektion Trier und Koblenz (Unterrheinisch), Rheinhessen und ferner das Brückenkopfgebiet von Mainz und vom Brückenkopfgebiet Koblenz die Kreise St. Goarshausen und Unterlahnkreis. Ueber die in Betracht kommenden Postorte der Brückenkopfgebiete geben die Postanstalten auf Verlangen Auskunft; c) nach der Rheinpfalz sind auch Wert- und gewöhnliche Pakete und Wertbriefe wieder zugelassen worden. Soweit sich aus den vorstehenden Angaben unter a), c) und e) nichts anderes ergibt, verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

* **Keine beschleunigte Heimkehr deutscher Kriegsgefangener.** Die Nachricht, daß die in der Gewalt der Entente befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in absehbarer Zeit freigegeben würden, ist leider irrig. Eine solche Hoffnung entbehrt zurzeit jeder Voraussetzung, da die Frage der Auslieferung der Kriegsgefangenen erst bei den Vorfriedensverhandlungen erklärt werden kann.

* **Verband Hallischer Frauenvereine.** Der nächste Vortrag findet Donnerstag, den 16. Januar 1919, 4 Uhr im Auditorium maximum statt, es spricht Professor Wolff über „Die Hausfrau und das Wahlrecht."

* **Vorträge des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Herr Prof. Dr. Hahne, Direktor des Provinzialmuseums, spricht am Freitag, den 17. Januar, abends 8¼ Uhr, im Auditorium maximum der Universität über „das neue Provinzialmuseum" (mit Lichtbildern). Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Zuhörer an einem noch zu bestimmenden Tage von Herrn Prof. Hahne in sein Museum geführt werden, damit sie Einblick in den außerordentlich reichen Inhalt dieses neuesten Bildungsinstituts der Stadt bald erhalten.

* **Meldepflicht für gewerbliche Kohlen-Verbraucher im Januar.** Gewerbliche Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohle, Koks und Briketts monatlich müssen laut Bekanntmachung der Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 4. Januar 1919 (Reichsanzeiger Nr. 5) die üblichen Meldungen in der Zeit vom

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190116-13/fragment/page=0005

f. bis 5. Februar 1919 erneut erstatten. Die Meldepflichtigen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Preise für die Meldekarten erhöht worden sind. Die Meldekarten sind nunmehr bei den bekannten Stellen (Orts- oder Bezirkskohlen-, Kriegswirtschafts-, Kriegsamtsstelle- bezw. der an ihre Stelle getretenen Zivilverwaltungsstelle) zum Preise von Mk. 0.35 für ein Meldekartenheft mit vier Karten (40 Pfg. mit fünf Karten) nebst Wortlaut der Bekanntmachung, sowie von 10 Pfg. für eine Einzelkarte erhältlich.

Ausgabe neuer Seifenkarten. Vom Montag, den 20. bis Sonnabend, den 25. Januar werden in den städtischen Markenausgabestellen zugleich mit den Brotmarken neue Seifenkarten ausgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Die Ausgabestelle Bismarckstraße 28 der städtischen Kriegsküche wird mit Sonnabend, den 18. Januar 1919 geschlossen. Diejenigen Personen, welche bisher in dieser Ausgabestelle das Essen bezogen haben, entnehmen es zweckmäßigerweise in der Ausgabestelle Weidenplan 4/5.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Freitag, den 17. Januar 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern 31 001—31 700 vormittags von 8—12 Uhr und 31 701 bis 34 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 55 Gr. zum Preise von 25 Pfg. abgegeben.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Freitag, den 17. Januar 1919 auf den Abschnitt 8 für die eingetragenen Kunden bei der Milchhändlerin Pötzschke, Wielandstr. 30, Milchhändlerin Pötzschke, Brandenburgerstr. 10 und Milchhändler Kunze, Körnerstr. 31. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule am Freitag, den 17. Januar 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern 8 001—10 200 vormittags von 8—12 Uhr und 10 201—13 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 42 Pfg. abgegeben.

Vom städtischen Fürsorgeamt sind Damen beauftragt, die Anträge an den Arbeiterrat betr. Befreiung aus der Fürsorgeerziehung zu prüfen. Klagen, daß diese beauftragten Damen der Stadtverwaltung teilweise sehr unhöflich behandelt werden, veranlassen uns, mit Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Beauftragten mit im Namen des Arbeiterrates handeln und demzufolge in der Erledigung ihrer Mission durch ungebührliches Benehmen nicht zu behindern sind.

Arbeiterrat zu Halle.
Vollzugsausschuß: Chemnitz.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr wird d'Alberts Oper „Tiefland" wiederholt. Morgen, Freitag, gebt Boieldieus komische Oper „Die weiße Dame" in Szene. Sonnabend „Faust" von Goethe. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß diese Vorstellung bereits um 6 Uhr beginnt. Sonntag nachmittag Volksvorstellung: „Die vorsichtige Jungfrau", ein gotisches Lustspiel von Walter Harlan, abends 7½ Uhr „Carmen" von Bizet.

Thalia-Theater. Am Sonntag kommt seitens des Stadttheater-Personals der Schwank „Familie Schimek" von Kadelburg zur Aufführung.

Aus der Provinz.

Gröbers. Hier streiken die Bergarbeiter wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen seitens der Unternehmer. Da auch die Arbeiter der Elektrizitätszentrale streiken, ist Gröbers und die ganze Umgebung seit Dienstag abend ohne Licht.

Kleinleipisch. Verunglückt. Am Sonnabend, den 11. Januar verunglückte auf der Grube Marie Anna beim Schichtwechsel der Heizer Arno Bystrich aus Grünewalde tödlich. Die Schuld trifft den Betroffenen selbst. Er sprang aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge gegen die Böschung, ist abgerutscht, zwischen die Wagen gefallen und auf der Stelle getötet worden. Es sei immer wieder darauf hingewiesen, daß es die Pflicht des Personals ist, im eigenen Interesse die Vorschriften streng zu beachten.

Günthersdorf. Raubmord. In Rodden bei Günthersdorf wurde in der Nacht eine grauenvolle Tat vollführt. Eine Anzahl junger Burschen, auch Soldaten sollen dabei gewesen sein, drangen in das Mühlengrundstück des Müllers Bernhard, der sofort erschossen wurde. Dann kam man zur Wohnstube, fesselte Frau Bernhard auf einen Stuhl und verlangte von ihr unter Vorhaltung eines Revolvers Lebensmittel und Geld. Die Frau gab in ihrer Todesangst die vorhandenen Fleischwaren und 50 Mark heraus. Die Mörder und Räuber sind unerkannt entkommen.

Delitzsch. In der Verkaufsstelle Richard Eifold, Kreuzgasse, gelangt auf Abschnitt 127 der Lebensmittelscheine am Freitag, den 17. d. M., vormittags von 9—10 Uhr auf Nr. 4496 bis 4525 und von 10—11 Uhr auf Nr. 4526 bis 4565 je ½ Pfund Hasenfleisch zur Ausgabe. Spätere Abholung ist nicht gestattet. — Der Kleinhandelspreis für Kartoffeln beträgt vom 15 Januar ab 8 Pfg. für das Pfund.

Eisleben. Hier drangen Demonstranten in die Druckerei des Tageblattes (Schneider) ein und bemächtigten sich der dort lagernden, für die deutschnationale Volkspartei angefertigten Wahlflugblätter. Einen kleinen Teil derselben verbrannten sie gleich in der Klosterstraße, die übrigen auf dem Markt.

Mansfeld. Der Bau der Wippertalbahn, der 1913 begonnen und während des Krieges eingestellt wurde, wird jetzt fortgeführt. Die Arbeiten sind vom 1. Januar ab wieder voll aufgenommen. Die Strecke Bahnhof Mansfeld—Leimbach ist schon soweit fertig, daß sie dem Güterverkehr übergeben werden konnte, was besonders der Rübenabfuhr von Leimbach usw. sehr zustatten kam. Eine Hauptarbeit bildet noch der Tunnel unterhalb Rammelburg, wo es noch nicht zu einem Durchstich gekommen ist. Alle übrigen Bauten sind gut fortgeschritten. Der Bahnhof Mansfeld—Leimbach ist ziemlich fertiggestellt. Auch in Wippra, wohin außer Beamten- und Stationsgebäude ein Maschinenschuppen kommt, machen die Arbeiten gute Fortschritte. Man hofft, im Sommer die ganze Strecke dem Verkehr übergeben zu können.

Sangerhausen. Demonstration. Montag mittag demonstrierten eine größere Zahl Arbeiter und zogen nach dem Geschäftslokal der Sangerhäuser Zeitung, drangen in die Druckereiräume ein, verbrannten Flugblätter der deutschnationalen Partei, vernichteten Zeitungen und hinderten den Satz und Druck der Sangerhäuser Zeitung. Der Redakteur Felz mußte der Menge auf den Marktplatz folgen, wo er sich in öffentlicher Rede verantworten sollte. Dann sandten die Demonstranten eine Deputation zum Bürgermeister, die dort einige Forderungen, die Wohnungsverhältnisse und die Bezahlung der städt. Arbeiter betr., stellten. Der Bürgermeister gab von der Rathaustreppe eine befriedigende Erklärung ab, worauf die Menge sich verlief.

Sangerhausen. Ausweis für die Wähler. Zur schnelleren Abfertigung der Wähler bei der Nationalversammlung und zur Erleichterung der Arbeit des Wahlvorstandes hat der Magistrat Zettel ausfertigen lassen, auf welchem Name und Wohnung des Wählers, der Wahlbezirk und die Nummer des Wählers in der Liste vermerkt ist. Dieser Zettel muß zur Wahl mitgebracht und vorgelegt werden. Die Zettel werden den Wählern zugestellt.

Sangerhausen. Der verunglückte Eierhamster. Auf dem hiesigen Bahnhof wollte ein am Sonnabend vormittag aus der Nordhäuser Richtung hier angekommener Reisender in den Magdeburger Zug einsteigen und trug sein Gepäck, eine Kiste, in der Hand. Dabei fiel diese derart zu Boden, daß sie durchbrach und den Inhalt, eine größere Menge fein in Häcksel verpackter Eier, zu Boden rollten. Natürlich wurden die meisten derselben zu „Rührei", und ein schallendes Gelächter der Mitreisenden bezeugten dem „Hamster", daß das Sprichwort: Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen", immer noch in Geltung ist!

Zeitz. Die Revolverspielerei. Der 12jährige Kurt Rehmann, Sohn des Werkmeisters Rehmann hier, spielte gestern vormittag mit dem Revolver eines einquartierten Soldaten; dabei entlud sich die Waffe und die Kugel traf den Jungen so unglücklich, daß er nach wenigen Minuten verschied.

Zeitz. Wahlbezirke und Wahllokale in Zeitz. 1. Stimmbezirk umfassend: Albert-Kühne-Str., Arnoldstr., Besenstraße, Born-Promenade, Freiheit, Humboldt-, Kalk-, Schulstr., Steinsgraben 16—46, Zeppelinstr. Wahllokal: Gasthof z. schwarzen Roß, Kalkstraße. — 2. Stimmbezirk umfassend: Altmarkt, Brüderstraße, Klosterkirchhof, Parzellen-, Roß-, Salzstraße, Voigtsmauer, Voigts-, Weberstraße. Wahllokal: Wagners Schankwirtschaft, Voigtsstraße 17. — 3. Stimmbezirk umfassend: Altenburger Straße 1—18, 37—55, Bismarckstraße 1—15, 16—32, Lindenplatz, Richterstraße. Wahllokal: Altenburger Hof, Altenburger Str. 51. — 4. Stimmbezirk umfassend: Amalien-, Feld-, Hospital-, Johanna-, Linden-, Luisenstr. Wahllokal: Petzolds Schankwirtschaft, Altenburger Str. 49. — 5. Stimmbezirk umfassend: Altenburger Str. 19 bis 27, Gleinaer-, Kaiser-Wilhelm-Str. 66—79, Michaelisfriedhof, Ronneburger Str., Sophien-, Vater-Jahn-Straße. Wahllokal: Schankwirtschaft zum Fürstenhof, Altenburger Straße 27. — 6. Stimmbezirk umfassend: Gneisenau-, Kaiser Wilhelm-Str. 19 bis 65, Moltkestr., Roon-, Sedan-, Yorckstraße. Wahllokal: Schankwirtschaft Deutsche Eiche, Vater-Jahn-Str. 21. — 7. Stimmbezirk umfassend: Bismarckstr. 15 a—f, Fockendorfer Grund, Mittel-, Posaer-, Schießgraben-, Tröglitzer Str. 1—6 und 9. Wahllokal: Schankwirtschaft Gute Quelle, Schützenstr. 10. — 8. Stimmbezirk umfassend: Blumen-, Gartenstr., Kaiser Wilhelm-Straße 1—18,

Wen wähle ich
am 19. Januar?

Die Liste der alten sozialdemokr. Partei:

Thiele, Adolf, Schriftsteller, Halle
Voss, Otto, Bezirksleiter, Halle
Kuchland, Lydia, Schwester, Dürrenberg
Garbe, Hermann, Bezirksleiter, Halle
Kleeis, Friedrich, Arbeitersekretär, Halle
Krüger, Richard, Geschäftsführer, Merseburg
Richter, Friedrich, Eisenbahner und Kleinlandwirt, Brachstedt bei Niemberg
Privenau, Wilhelm, Gewerkschaftssekretär, Piesteritz bei Wittenberg.

Schützenstr. Wahllokal: Kämpfes Schankwirtschaft, Schützenstr. 8. — 9. Stimmbezirk umfassend: Berg-, Bülow-, Goethe-, Lessing-, Naether-, Pestalozzistraße. Wahllokal: Gasthof zur gold. Sonne, Bülowstr. 1. — 10. Stimmbezirk umfassend: Kloster-, Schiller-, Tröglitzer Str. 10—15. Wahllokal: Gastwirtschaft zum Schlachthof, Bülowstr. 19. — 11. Stimmbezirk umfassend: Michaeliskirchhof, Neumarkt, Ritterstr., Stiftsberg, Wasserberg. Wahllokal: Schankwirtschaft Reichshalle, Wasserberg 1. — 12. Stimmbezirk umfassend: Fisch-, Gewandhaus-, Juden-, Kramer-, Neumarktstraße, Roßmarkt, Wendischerberg, Wendischestraße. Wahllokal: Gastwirtschaft Preußischer Hof, Roßmarkt 13. — 13. Stimmbezirk umfassend: Bader-, Brau-, Messerschmidtsstr., Nicolaiplatz, Quer-, Rahne-, Scharren-, Turmstraße. Wahllokal: Schankwirtschaft Schultheiß, Rahnestraße 19—20. — 14. Stimmbezirk umfassend: Brühl 1—33, Domherrn-, Nicolai-, Rothe-, Schloßstraße, Steinsgraben 2—14. Wahllokal. Gastwirtschaft zum Palmbaum, Brühl 16. — 15. Stimmbezirk umfassend: Bauplatz, Bornstraße, Brühl 34—38, Höllingstraße, Kalkfeld, Ludwig-Lange-, Steinstraße, Steintorvorstadt, Weinberghäuser 3, 4, 5, Weinbergstraße. Wahllokal: Schankwirtschaft zur Krone, Geraerstraße 19. — 16. Stimmbezirk umfassend: Geraerstraße, Johannisteich, Stephanstraße, Weidichthaus. Wahllokal: Schankwirtschaft zur Stephansschänke, Stephansstraße 35. — 17. Stimmbezirk umfassend: Albrechtstraße, Badstubenvorstadt, Brückenweg, Elster-, Nord-, Park-, Wiesenstraße. Wahllokal: Gastwirtschaft zum Kronprinzen, Badstubenvorstadt 7. — 18. Stimmbezirk umfassend: Auf dem Schlagstück, Carius-, Grenz-, Hübenerstraße, Naumburgerstraße 2, 2 a, 8—39, Paul-Robland-, Roßner-, Schäde-, Weißenfelserstraße. Wahllokal: Osangs Schankwirtschaft, Schädestraße 1 — 19. Stimmbezirk umfassend: Auf den Gebinden, Aylsdorfer, Donalies-, Tiergartenstraße, Wasservorstadt. Wahllokal: Gastwirtschaft zur Tulpe, Donaliesstraße 1. — 20. Stimmbezirk umfassend: Aue-, Leipzigerstraße, Naumburgerstraße 1, 1 a, 3—7, 40—47. Wahllokal: Gastwirtschaft zum Löwen, Donaliesstraße 47.

Phalheim. Nachts hat der 50 Jahre alte Schafbauer Giberger seinen vier Kindern, von denen das älteste vier Jahre alt war, nachdem er die Dienstboten aus der Wohnung gejagt und sich eingeschlossen hatte, in einem Anfall von Schwermütigkeit den Hals durchgeschnitten.

Wahlversammlungen.

Morl.

Am Dienstag fand im Wagnerschen Gasthof eine gut besuchte Wählerversammlung der alten sozialdemokratischen Partei statt Das vom Parteigenossen R. Witting gehaltene Referat wurde öfter von den Unabhängigen unterbrochen, doch wußte man den sachlichen Ausführungen nichts Stichhaltiges entgegenzuhalten. So kam es, daß das Schlußwort des Genossen Henkel von dem größten Teil der Zuhörerschaft mit Beifall aufgenommen wurde.

Kemberg.

Am Sonnabend, den 11. Januar fand hier im „Gasthof Preußische Krone" eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in der Genosse Lehrer Schulze, Bad Schmiedeberg, das Referat über „Die Frage der Zeit" übernommen hatte. In eingehenden klaren Worten schilderte der Redner was war, was ist und was durch die Sozialdemokratie werden wird. In größter Ruhe lauschte die Versammlung den Ausführungen des Redners, welche lebhaften Beifall fanden. In der Diskussion wurden verschiedene Fragen gestellt, welche der Redner zur Zufriedenheit glatt beantwortete. Der Erfolg war, daß wieder neue Aufnahmen für die alte Partei zu verzeichnen sind.

Pretzsch.

Montag abend veranstaltete die alte sozialdemokratische Partei eine von 400 Teilnehmern besuchte Wählerversammlung. Einen so starken Besuch hat hier noch keine Versammlung aufzuweisen gehabt. Genosse Herzig-Halle sprach über „Die Revolution und die Nationalwahlen", dabei die Ursachen, welche zum Kriege und der Revolution geführt haben, erläuternd. Ausführlich behandelte der Redner die Aufgaben der Nationalversammlung und die Forderungen der Sozialdemokratie. Nur durch die Wahl einer sozialdemokratischen Mehrheit und eine sozialistische Republik kann auf dem durch den Krieg hervorgerufenen Trümmerhaufen eine bessere Zukunft des Volkes entstehen und die Wiederholung des Elends vermieden werden. An der Diskussion beteiligten sich ein Pfarrer und ein Lehrer, sowie die Herren Pätzolt und Jahn, letzterer im Sinne der Unabhängigen, der jedoch die dargelegten Programmforderungen mit denen der Unabhängigen übereinstimmend fand und die Putsche der Spartakisten verwarf. Der Referent erklärte im Schlußwort die spartakistischen Umtriebe zum Teil als eine Folge der gegen die alte sozialdemokratische Partei betriebenen ungerechtfertigten und vielfach aus persönlichen Motiven entstandene Hetze und widerlegte die von den Versammelten zumeist mit Heiterkeit oder Unwillen aufgenommenen Ausführungen der Diskussionsredner.

Uichtritz.

Am 10. Januar fand hier eine von der alten sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Gebhardt über „Frieden, Nationalversammlung und Sozialdemokratie" sprach. Die Ausführungen wurden von den über 100 Zuhörern beifällig aufgenommen. Für den Wahlfonds gingen 12.65 Mark ein.

Meuschau.

Sonnabend fand hier die erste sozialdemokratische Versammlung statt. Genosse Kämpf-Merseburg, welcher das Referat übernommen, sprach über „Revolution, Sozialdemokratie und Nationalwahlen". In seiner etwa 1½stündigen Rede wies der Referent auf die Anfänge der Revolution hin und erklärte dann die einzelnen Punkte des Erfurter Programms. Die Nationalwahlen müssen eine sozialistische Republik bringen. Der Beifall zum Schlusse seiner Ausführungen bewies, daß er den Anwesenden aus den Herzen gesprochen hatte. Trotz mehrmaliger Aufforderung des Versammlungsleiters, Genossen Hirschmann, meldete sich niemand zum Wort. Durch Tellersammlung wurde ein größerer Betrag dem Wahlfond zugeführt.

Aus dem Reiche.

Magdeburg. Von einem Schnellzug überfahren wurde am Magdeburg-Sudenburger Bahnhof ein mit zwei Pferden bespanntes Gefährt des Fußartillerie-Regiments Enke. Der Wagenführer wollte in schneller Fahrt durch die bereits niedergehende Schranke hindurch, der heranbrausende Zug erfaßte aber den Wagen, so daß beide Pferde getötet wurden und der Führer so schwere Verletzungen erlitt, daß er noch in derselben Nacht starb.

Berlin. Achtzehn Stunden eingeschlossen waren im Vorwärtshaus die Genossen Hellmann, Kuttner und Viktor Schiff. Sie arbeiteten am Putschsonntag gerade im Bureau der „P. P. N." und der „Soz. Korr.", als die Horde einbrach. Erst am Montag nachmittag konnten sie und drei miteingeschlossene weibliche Angestellte das Vorwärtshaus verlassen. Frechheit siegte über spartakistischen Argwohn

Berlin. Keine amerikanischen Lebensmittel für Deutschland. Pressemeldungen zufolge sollen in Darmstadt vor einiger Zeit 15 Waggons amerikanischer Lebensmittel eingetroffen sein. Nach amtlichen Feststellungen ist diese Nachricht völlig unzutreffend. Es handelt sich um ein Gerücht, welches dadurch entstanden ist, daß amerikanische Lastautos aus früheren Gefangenenlagern in Darmstadt Sachen für alliierte Truppen eingelagert haben.

Altenburg. Demonstration für Ebert-Scheidemann. Hier fand am vergangenen Sonntag eine großartige Demonstration für die Regierung statt. Die Demonstration war von den Mehrheitssozialisten arrangiert und hatte eine vieltausendköpfige Menge auf die Beine gebracht. Eine solche glänzende Kundgebung hat Altenburg noch nicht gesehen, trotzdem ging der Tag ohne Zwischenfälle zu Ende.

Krimmitschau. Tod in den Flammen. Bei einem Feuer in der Spinnerei von Karl Böttger, das sich mit rasender Schnelligkeit durch den Transmissionsschacht in allen vier Stockwerken verbreitete, konnte ein Teil der Arbeiter nicht rechtzeitig den Weg ins Freie finden, so daß bei dem Brande einige Personen, man spricht von fünf bis zehn, ums Leben kamen und einige verletzt wurden.

Göltzschgrün. Immer wieder das Spiel mit Handgranaten. Hier machten sich zwei Knechte mit der Kapsel einer Handgranate zu schaffen. Bei der Explosion der Kapsel wurden beide fürchterlich zugerichtet. Dem einen wurden an der linken Hand die Finger weggerissen, die Handfläche der rechten Hand zerrissen und außerdem das ganze Gesicht. Dem anderen Knecht wurde der Unterkiefer zertrümmert; auch wurde er im Gesicht schwer verletzt.

Kiel. Siebenstündige Arbeitszeit auf der Reichswerft. Vom Montag, den 13. Januar ab, wird die Arbeitszeit auf der Reichswerft nur noch sieben Stunden betragen. Sie ist von 7 Uhr morgens auf 2 Uhr nachmittags durchgehend festgesetzt worden. Dadurch wird es ermöglicht, in der nächsten Zeit einen Teil der Arbeitslosen aus der Reichswerft einzustellen, was von der Allgemeinheit, und besonders von den Arbeitslosen, mit Genugtuung begrüßt wird.

Gewerkschaftliches.

Die Handlungsgehilfen in Halle hielten am 14. Januar eine Versammlung im Volkspark ab, zunächst hielt Arbeitersekretär Kleeis einen Vortrag über „Die Gewerkschaften im neuen Deutschland". Er erörterte einleitend die theoretischen Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung, besprach dann kurz ihre Geschichte und ihren Stand vor und während des Krieges und führte sodann aus, die neue Zeit brauche die Gewerkschaftsorganisationen erst recht als eine unerläßliche Einrichtung. Selbst wenn eine Reihe von Betrieben verstaatlicht werde, was immerhin nicht so schnell ginge, brauchten die Arbeiter in den Staatsbetrieben eine Vertretung zur Wahrnehmung ihrer Interessen. Der Staat werde immer sehen müssen, aus den Betrieben Gewinne zu erzielen, so daß der sogenannte „volle Arbeitsertrag" den Arbeitern wenigstens für die nächste Zeit nicht zustehen kann. Die Vergütung der Arbeiter werde auch für die nächsten Zeiten noch in Geld geschehen. In Zukunft werde aber der Arbeitsvertrag mehr und mehr unter Ausschaltung individueller Abmachungen in die Gestalt der Tarifverträge gekleidet sein, zu deren Ein- und Durchführung die Gewerkschaften unerläßlich sind. Wer außerhalb der Organisationen stehe, werde an den Vorteilen nicht teilnehmen können. Auch die Durchführung der sozialpolitischen Einrichtungen, wie Wahl der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse bedarf in wachsendem Maße der ordnenden Hand der Gewerkschaften. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine in zustimmendem Sinne gehaltene Aussprache. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung „Die Gehaltsverhältnisse der Handelsangestellten", sprach der Vorsitzende Genosse Nilius. Die Gehälter im Handelsgewerbe seien weit schlechter als die Löhne der gewerblichen Handarbeiter. Sie haben auch im Kriege kaum Fortschritte gemacht. In der weiteren Debatte äußerten sich noch Büchöl, Ebeling und andere. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß nach den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751919O116-13/fragment/page=0006

Wahlen zu den Nationalversammlungen eine energische Verbandstätigkeit aufgenommen werden soll. Es soll dann auch in der Gehaltsfrage mehr geschehen. Unter „Verbandsangelegenheiten" kam zur Sprache, daß in manchen Handelsgeschäften die neue achtstündige Arbeitszeit nicht eingehalten werde.

Die Gemeindearbeiter in Halle sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Am Dienstag hielten sie eine stark besuchte Versammlung im Volkspark ab, in der die nötigen Beschlüsse gefaßt wurden. Es wird z. B. gefordert für die im Fach tätigen Handwerker im Alter bis 21 Jahren je Stunde 1,60 Mk., im Alter von 21 bis 25 Jahren 1,80 Mk., von 24 bis 27 Jahren 1,90 Mk. und von über 27 Jahren 2,10 Mk. „Qualifizierte" Arbeiter, wie Heizer, Hilfsmonteure usw. sollen im Alter bis zu 21 Jahren 1,60 Mk., bis zu 24 Jahren 1,80 Mk. und über 27 Jahre 1,90 Mk. erhalten. Die Stundenlöhne der ungelernten Handarbeiter sollen je nach Alter 1,— Mk., 1,35 Mk., 1,50 Mk. und (bei einem Alter von über 27 Jahren) 1,65 Mk. betragen. Frauen über 27 Jahre sollen 1,20 Mk. je Stunde erhalten. Für besonders schmutzige usw. Arbeit sollen Arbeiter aller Gruppen je Stunde 20 Pfg. mehr erhalten. Der Magistrat und die Stadtverordneten sollen sich in zwei Wochen präzis dazu erklären. Der Gemeindearbeiterverband in Halle hat in letzter Zeit an Mitgliedern erheblich zugenommen; er zählt jetzt rund 500.

Ausbleiben von Gewerkschaftszeitungen. Infolge der Besetzung der Vorwärts-Druckerei haben eine Anzahl von Gewerkschaftszeitungen nicht erscheinen können. Auch die nächsten Nummern können erst verspätet zum Versand gelangen. Die Gewerkschaftsmitglieder werden das Ausbleiben der gewohnten Verbandszeitung auf die Rechnung des spartakistischen Terrors setzen und nicht die Redaktionen der Gewerkschaftspresse dafür verantwortlich machen.

Lohnerhöhungen für die Zwickauer Bergarbeiter. Wie berichtet, waren in Zwickau die Bergarbeiter mit Lohnforderungen an die Werksverwaltungen herangetreten. Die Verhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und dem Bergarbeiterverbande haben nunmehr zu einer Einigung geführt. Danach haben sich die Werksverwaltungen zu folgenden Zugeständnissen bereit erklärt: Ab 1. Januar 1919 eine 25prozentige Erhöhung der Schichtlöhne für die Grubenarbeiter und 70 Prozent pro Mark des Schichtlohnes als Mindestgewinn (Ausbeute). Es ist damit also die von den Zwickauer Kameraden so oft geforderte Lohnrechnungsart des Lugau-Oelsnitzer Reviers auch für das Zwickauer Revier eingeführt. Ein Flugblatt des Bergarbeiterverbandes gibt weiter die Lohnerhöhungen für Tagarbeiter, für Sonntagsschichten usw. bekannt. Für Dezember wird trotz verkürzter Schichtzeit annähernd der gleiche Lohn wie im November für den Arbeitstag gezahlt werden. Das Flugblatt schließt mit der dringenden Aufforderung an die Bergarbeiter, sich nicht zu Arbeitseinstellungen hinreißen zu lassen.

Soziales.

Vom Arbeiterrecht. Die Beibehaltung der im Hilfsdienstgesetze vorgesehenen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse ist nach einer Verordnung des Reichsarbeitsamts gesichert. Gleichzeitig wurde eine Verbesserung und Erweiterung der Ausschüsse ins Auge gefaßt. In allen Betrieben, Verwaltungen und Bureaus gewerblicher, landwirtschaftlicher und anderer Art, in denen in der Regel mindesten 20 Arbeiter oder Angestellte beschäftigt werden, sind solche Ausschüsse zu errichten. Soweit sie schon bestehen, haben Neuwahlen stattzufinden. Das Wahlalter wird allgemein auf 20 Jahre herabgesetzt. Die Ausschüsse haben in Zukunft bei der Regelung der Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse mitzuwirken, auch Unfall- und Gesundheitsgefahren in dem Betriebe bekämpfen zu helfen. Ferner wird die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten ähnlich wie im Hilfsdienstgesetze vorgesehen. In Zukunft sind in die Schlichtungsausschüsse auch Frauen wählbar, und Verhandlungen sind im Einvernehmen der Parteien auch ohne unparteiischen Vorsitzenden gestattet. Für die Verkehrsanstalten des Reiches und der Bundesstaaten wird je ein besonderer Schlichtungsausschuß mit ausschließlicher Zuständigkeit für den ganzen Bereich jeder Verkehrsanstalt errichtet. Die Schlichtungsausschüsse sollen, auch wenn sie nicht angerufen werden, darauf hinwirken, daß Einigungsverhandlungen stattfinden, und diese selbst nötigenfalls in die Hand nehmen. Auch das Reichsarbeitsamt kann die Durchführung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens selbst übernehmen oder einer bundesstaatlichen Schlichtungsstelle zuweisen. Den Gewerkschaften und den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber ist weitgehende Mitwirkung bei den Verhandlungen der Ausschüsse mit dem Arbeitgeber und dem Schlichtungsverfahren gesichert.

Kunst und Wissenschaft.

Uraufführung eines Sozialistendramas. Im Magdeburger Stadttheater führte der Arbeiterbildungsausschuß zum erstenmal die dreiaktige Tragödie „**Das Gesetz**" von **Konrad Trebin** auf. Die Schmach des reaktionären Preußens der achtziger Jahre schreitet hier über die Bühne. Es ist die Zeit des Sozialistengesetzes. Der Dichter führt uns in einfachen Strichen in jene Kreise der Arbeiterschaft, die für den Sozialismus kämpfen, verbotene Zeitungen einschmuggeln und die Folgen zu tragen entschlossen sind. Grell wird in die damalige Praxis der den Sozialismus bekämpfenden Behörden hineingeleuchtet. Die ganze Sinn- und Zwecklosigkeit des Sozialistengesetzes mit ihrem selbst der Polizei ekelhaften Spitzel- und Angebertum steht am Pranger. Und doch hat es der Verfasser verstanden, die Schuld nicht auf die einzelnen Personen, sondern verstehend auf „das Gesetz" zu wälzen. Die Aufführung hatte vor einem Forum von Arbeitern einen vollen Erfolg. Aber nicht nur vor diesem Publikum wird das Werk immer günstige Aufnahme finden; es wird in seiner Naturtreue und Tragik auch vor einem anders zusammengesetzten Publikum bestehen.

Vermischtes.

Die Opfer der Grippe: Sechs Millionen Menschen. Der ärztliche Mitarbeiter der Times schreibt in einem Aufsatz über „Die Grippe als Weltepidemie": Es besteht Grund zu der Annahme, daß in der ganzen Welt im letzten Vierteljahr etwa sechs Millionen Menschen an Grippe und Lungenentzündung gestorben sind. Man muß indessen nicht mit Notwendigkeit annehmen, daß die Krankheit durch einen neuen Bazillus verursacht ist, um die große Heftigkeit bei dieser Epidemie zu erklären. Die Bakteriologen wissen längst, daß die Heftigkeit der Seuchen stark wechselt, und daß die Ueberführung eines Krankheitskeims von einem Träger auf den andern die Giftigkeit der Keime so vermehren kann, daß der Tod des neu Angesteckten bereits wenige Stunden nach der Infektion eintritt. Wenn man die Zugstraßen der Seuche betrachtet, so findet man manches, was diese Theorie über die Vermehrung der Heftigkeit bestätigt. Als die Seuche im vergangenen Sommer in Spanien aufflammte, war sie gutartig, und es kamen verhältnismäßig wenig Todesfälle vor. In der Form, in der sie sich damals über Europa verbreitete, wurde sie im allgemeinen als ein Bagatelle betrachtet, und ihre Opfer erholten sich rasch. Im August und September kamen dann von allen Seiten beunruhigende Meldungen, und im Oktober scheint die Seuche überall den Höhepunkt ihrer Heftigkeit, sowohl was Anzahl der Krankheits- wie der Todesfälle betrifft, erreicht zu haben. Nach England kam sie nach ihrem ersten Aufflammen aus Amerika zurück, und wie zu erwarten war, wurden zuerst die Hafenstädte heimgesucht. Besonders Glasgow und Liverpool litten schwer. Dann erreichte die neue Krankheitswelle London, wohin sie offenbar mit der Bahn aus den Hafenstädten verschleppt wurde. Von London breitete sich die Seuche strahlenförmig aus und suchte Birmingham, Nottingham und andere Städte heim. In mehreren ländlichen Gegenden, wo sich die Keime erst verbreiten konnten, rast die Seuche weiter mit voller Stärke.

Die Volksbeglücker.

„Auf, die Freiheit gilt's zu retten!
Nieder alle Unterdrücker!
In den Staub die Sklavenketten!"
Liebknecht spricht's, der Volksbeglücker.

Spricht's, läßt Handgranaten prasseln,
Und Gewehre wütend knattern,
Brüder bluten, Mauern bersten,
Liebknecht läßt sein Banner flattern.

Rettet Euer nacktes Leben,
Eure Kinder, Eure Weiber!
Seiner Freiheit Siegeszeichen
Sind zerfetzte Menschenleiber.

Und daß keiner „Aufruhr" brülle,
Ist das freie Wort verboten
Ruh' und Eintracht aller Orten,
Freiheit herrscht **wie bei den Toten** ...

So ward Euer Freiheitskünder
Unversehens zum Tyrannen,
Und es gilt, den Geist, den argen,
Mit dem alten Spruch zu bannen:

Auf, die Freiheit gilt's zu retten!
Nieder alle Unterdrücker!
In den Staub die Sklavenketten
Und die falschen Volksbeglücker!

E. Buchner.

Eine sozialdemokratische Versammlung in der Kirche. In einer vom Kirchenvorstand der Heilandskirche in Cotta einberufenen Versammlung forderte nach kurzer Aussprache Herr Pfarrer Laube seine christlichen Gemeindeangehörigen auf, die Ausführungen des sozialdemokratischen Debatteredners nicht länger mit anzuhören und die Kirche zu verlassen. Der Herr Pfarrer hatte wohl geglaubt, es würde dem Folge geleistet, er hatte sich aber geirrt. Der Kirchenvorstand verließ zwar den Altar, dafür wurde aber kurzerhand eine sozialdemokratische Versammlung einberufen. Der Referent, Genosse Sachs, konnte nun den zahlreichen Anwesenden die Gründe für Trennung von Kirche und Staat darlegen. Reicher Beifall wurde dem Redner am Schlusse dargebracht.

Küchenzettel - Logik. Unser Altenburger Bruderblatt schreibt: Von bürgerlicher Seite wird als 49. Küchenzettel das folgende Rezept veröffentlicht: 1. Tag: Sauerkraut und Kartoffeln mit Kochwurst (Ziegenwurst); abends: Bratkartoffeln mit Apfelmus. 2. Tag: Schwarzwurzel mit weißer Sauce und Fleischklößchen darin gekocht; abends: Kartoffelstückchen mit getrockneten Pilzen. 3. Tag: Sauerbraten von Pferdefleisch mit Wickelklößen; abends: Suppe, Brot und Quark (mit Sirup gemengt) mit Käse. 4. Tag: Kraut, Kartoffeln und Graupen zusammengekocht; abends: Spinat. — Unsere Hausfrauen, die demnächst an die Wahlurne schreiten sollen, mögen ihre Küchenvorräte und das, was sie auf dem Markt kaufen können, einmal prüfen. Sie werden zu ihrem Schreck feststellen, daß sie gar nicht in der Lage sind, derartige Herrlichkeiten zu kaufen, weil ihnen entweder die Beziehungen fehlen und weil sie andererseits gar nicht die Mittel dazu besitzen. Wer ist wohl in der Lage, Ziegenwurst zu kaufen? Einige Hausfrauen haben dazu den Versuch gemacht und man verlangte für das Pfund 15 Mark. Das Pferdefleisch aber ist unter 2,50 Mark nicht zu haben. Und doch gibt es Familien, die sich ein solches Küchenrezept leisten können. Es sind das dieselben, die jetzt unter dem Titel der deutschnationalen Volkspartei, der demokratischen Partei und der deutschen Volkspartei um die Stimmen der Hungernden buhlen. Jede Frau, die sich einen derartigen Küchenzettel für ihre Angehörigen nicht leisten kann, muß am 19. Januar einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben.

Letzte Nachrichten.

Die Regierung beginnt mit der Sozialisierung.

Aus ganz zuverlässiger Quelle wird uns mitgeteilt, daß die Arbeiten der Sozialisierungskommission dem Abschluß nahe sind und daß die Regierung in ganz kurzer Zeit mit der Sozialisierung der Betriebe gemäß den Beschlüssen des Rätekongresses beginnen wird. Die Ausführung ist nur um etwas verzögert worden durch die immerwährenden Unruhen der letzten Zeit, die die Regierung von ihrer eigentlichen aufbauenden Tätigkeit abhielten.

Liebknecht gelyncht.

Berlin, 16. Jan. Karl Liebknecht soll Mittwoch abend, als er aus einem Hause fliehen wollte, erschlagen worden sein und Rosa Luxemburg soll sich in Haft befinden.

Literatur.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 15. Heft vom 1. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Kritisches. Von Dr. Paul Lensch. — Verstaatlichung des Bergbaues. Von Otto Hue. — Sieg des englischen Imperialismus. Von Hans Brinckmann — Streikfieber. Von A. Knoll. — Was müssen wir in Zukunft von den städtischen Gartenverwaltungen fordern? Von Hermann Krafft. — Aus unserer Bücherei. Von Edgar Steiger.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 5,20 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 40 Pfennig. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Eingesandt.

Zur Wahl der Nationalversammlung.

Die Wahlbezirke der Stadt Halle umfassen zum Teil je 2000 Wähler. Das ist eine hohe Zahl, wenn man bedenkt, daß das Wahlgeschäft in **11 Stunden** erledigt sein muß. Bei normaler Abwickelung kommen auf jeden Wähler nur 14 Sekunden. Damit der Wahlakt bis 8 Uhr bewirkt werden kann, empfiehlt es sich, daß sowohl der Wahlvorsteher sowie dessen Stellvertreter gleichzeitig die Wahlumschläge entgegennehmen und in die zwischen ihnen stehende Wahlurne werfen. Die Wahlliste wird in vier Teile zerlegt und von **zwei** Mitgliedern des Wahlvorstandes bearbeitet. — Nützlich erscheint es, auf Tafeln **vor** dem Wahllokal kenntlich zu machen, welche Straßen am Wahltische **rechts** und welche Straßen am Wahltische **links** wählen. Jeder Wähler nenne zuerst Straße und Nummer und dann erst laut seinen Namen.

—r.

Für den Wahlfonds sind eingegangen:

N. N. Durch Vermittlung des Herrn L. der Redaktion der Volksstimme übergeben 25 Mk.

Briefkasten der Redaktion.

B. Zbdt. Ihre Frage ausführlich beantworten, ist im Briefkasten nicht möglich. Darüber belehrt ja unser Parteiprogramm und die Politik der Partei in der Vergangenheit. Ihre Frage ist vielleicht kurz beantwortet, wenn wir formulieren: Die Sozialdemokratie vertritt die Interessen aller Volksschichten, besonders der minderbemittelten und will, daß jeder Erwerbs- und Berufsstand ein auskömmliches und befriedigendes Dasein hat und ein menschenwürdiges Leben führen kann

Verordnung
über die
Teilnahme der Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik an den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Zur Ergänzung des deutschen Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik, die am 19. Januar das 20. Lebensjahr vollendet haben und nicht bei entsprechender Anwendung von § 4 des Reichswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, haben das Recht, an den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung in der Gemeinde teilzunehmen, in der sie innerhalb des Deutschen Reichs ihren Wohnsitz haben.

§ 2.

Das Wahlrecht kann auf Grund einer Bescheinigung ausgeübt werden, die von einer in Deutschland befindlichen diplomatischen oder konsularischen Vertretungsbehörde Deutsch-Oesterreichs oder Oesterreich-Ungarns mit folgendem Inhalt ausgestellt wird:

Bescheinigung.

Dem (Vor- und Zuname) . . . .
geboren am . . . . . (Stand od. Gewerbe) . . . . .
wohnhaft in . . . . wird zwecks Ausübung der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hiermit bescheinigt, daß er ein Angehöriger der deutsch-österreichischen Republik ist und keine Umstände bekannt sind, wonach er bei entsprechender Anwendung des § 4 des deutschen Wahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) vom Wahlrecht ausgeschlossen sein könnte.

(Dienstsiegel) (Bezeichnung der deutsch-österreichischen oder österreich-ungarischen Gesandtschaft oder Konsulatsbehörde.)
(Unterschrift)

§ 3.

§ 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet auf die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik keine Anwendung.

§ 4.

Der Wahlvorstand oder sein Stellvertreter hat dem Wähler die Bescheinigung vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokoll beigefügt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

§ 5.

Die Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 7. Januar 1919.

Der Rat der Volksbeauftragten. **Der Staatssekretär des Innern.**
Ebert. Scheidemann. Dr. Preuß.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 30. März 1918 sowie auf Grund der Bundesratsverordnungen vom 25. September und 4. November 1915 wird folgendes verordnet:

a) Alle vor dem 1. Oktober 1918 ausgestellten und bis jetzt noch nicht oder nur zum Teil belieferten Kohlenbezugsscheine über Brennstoffe aller Art für Gewerbebetriebe, Geschäfte, Behörden, Anstalten und Zentralheizungen in Privathäusern verlieren mit dem 17. d. Mts. ihre Gültigkeit;
b) den Kohlenhändlern, Genossenschaften, Kohlenbezugsvereinigungen ist verboten auf solche Kohlenbezugsscheine nach dem 17. d. Mts. Brennstoffe zu liefern;
c) den Verbrauchern, die noch im Besitz solcher Kohlenbezugsscheine sind, ist verboten, hierauf Brennstoffe sich liefern zu lassen;
d) Händler, Bezugsvereinigungen, Genossenschaften und Verbraucher werden aufgefordert, die vorgenannten Kohlenbezugsscheine bis zum 23. d. Mts. an die Ortskohlenstelle abzugeben;
e) wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ferner kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Halle, den 14. Januar 1919.

Arbeiter- und Soldatenrat: (gez.) Kilian. **Der Magistrat:** (gez.). Jost.

Bekanntmachung
betr. Ausgabe neuer Grudebezugsscheine.

1. In der Zeit vom 20. Januar bis 2. Februar ds. Js. werden in den zuständigen Markenausgabestellen an dem für die Ausgabe der Brotmarken festgesetzten Tage neue Grudebezugsscheine ausgegeben.

2. Der Stamm (mittlerer Teil) des Grudebezugsscheines Nr. 9 gilt als Ausweis zur Empfangnahme des Bezugsscheines Nr. 10. Der Lebensmittelschein ist gleichfalls vorzulegen.

3. Für die Zeit vom 27. Januar bis 23. Februar ds. Js. gelten vom Bezugsschein Nr. 10 die Abschnitte Nr. 1—8. Die Abschnitte vom Bezugsschein Nr. 9 verlieren mit dem 26. Januar ihre Gültigkeit.

4. Die Händler sind verpflichtet, an jedem Montag die Abschnitte, auf welche in der vorhergehenden Woche Grudekoks geliefert worden ist, an die Ortskohlenstelle abzugeben.

5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen den in der Bekanntmachung vom 12. April 1918 enthaltenen Strafbestimmungen.

Halle, den 13. Januar 1919. **Der Magistrat.**

Die Rohbaumaurerarbeiten zum Neubau der Volksschule in Trotha auf dem Krähenberge kommen demnächst zur Vergebung. Nähere Auskunft erteilt das städtische Hochbauamt, Rathausstr. 6

Halle, den 14. Januar 1919.

Städtisches Hochbauamt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190116-13/fragment/page=0007

Alte Sozialdemokr. Partei Deutschlands

Vorsitzende: **Ebert, Scheidemann.**

Wahlleitungen der Wahlen zur Nationalversammlung im Regierungsbezirk Merseburg:

Wahlkreis: Halle und Saalkreis.

Wahlleitung zu den Wahlen zur Nationalversammlung: **Emil Pikard.**
Wahlbureau: **Gewerkschaftshaus Halle,** Harz 42/44, Zimmer 12, 1. Etage. — Telephon 6900.

Wahlkreis: Merseburg-Querfurt.

Wahlleitung: **Paul Kämpf** und **Richard Spiegel.**
Wahlbureau: Lokal **„Alter Dessauer", Merseburg,** Dammstraße. Telephon 345.

Wahlkreis: Delitzsch-Bitterfeld.

Wahlleitung: **Richard Andrae,** Greppiner Straße 13.
Wahlbureau: **Bitterfeld,** Restaurant **Hohenzollern,** Telephon 384.

Wahlkreis: Wittenberg-Schweinitz.

Wahlleitung; **Willi Dahn.**
Wahlbureau: **Klein-Wittenberg, Gasthof „Zur Linde"** (Inh. Karl Krüger), Dessauer Straße 44. — Telephon 212.

Wahlkreis: Torgau-Liebenwerda.

Wahlleitung: **Otto Dietrich, Falkenberg** Bez. Halle. — Telephon 50.

Wahlkreis: Mansfelder Kreise.

Wahlleitung: **Albert Müller, Eisleben.**
Wahlbureau: **Wiesenhaus,** 1 Treppe, Telephon 560.

Wahlkreis: Sangerhausen-Eckartsberga.

Wahlleitung: **Willy Stadt, Sangerhausen.**
Wahlbureau; **Sangerhausen, Gasthaus zum Kronprinz,** Hüttenstr. 41. Telefon 279.

Wahlkreis: Zeitz-Weißenfels.

Wahlleitung: **Weißenfels, Franz Geppert,** Leipziger Straße 70.
Wahlbureau: **Hotel Goldener Hirsch,** Telephon 8.

Alle Auskünfte über die Wahl, das Abhalten von Versammlungen, Bestellung von Rednern werden dort erteilt.

Aufnahmen in die Partei werden entgegengenommen.

Agitationsmaterial kann bezogen werden.

Freiwillige Spenden zur Bestreitung der Wahlunkosten werden von den Wahlleitern entgegengenommen.

Sammellisten zur Bestreitung der Wahlunkosten können in den Bureaus bezogen werden.

Genossen, die sich zur Arbeit für die Wahl zur Verfügung stellen, wollen sich ebenfalls dort melden.

Der Bezirksvorstand und die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine im Regierungsbezirk Merseburg. (Alte Partei.)

Aufruf!

Die **Lage der Ostfront** wird täglich ernster und erfordert **dringend Hilfe!**

Freiwillige

für die **Ost-Armee** — noch in Feindesland — oder zum **Grenzschutz Ost** — an der Reichsgrenze — melden sich bei den

Werbestellen (Garnisonkommandos):

Magdeburg, Halle a. S., Stendal und **Torgau,**
die nähere Auskunft erteilen.

Unmittelbare Meldungen bei Ob. Ost, A. O. K. 10, Generalkommando oder anderen Dienststellen sind **zwecklos** und werden nicht berücksichtigt.

Bedingungen:

1. In Betracht kommen Angehörige aller Jahrgänge — außer Jahrgänge 98 u. 99 —, soweit sie gedient haben, mit der Waffe ausgebildet und militärärztlich für tauglich befunden worden sind. Jahrgänge 98 u. 99 können nur bei der Ostarmee Verwendung finden und nur, wenn der Betreffende bereits 2 Jahre gedient hat.

2. Jeder Freiwillige verpflichtet sich zur ein Verbleiben im Heere mit einmonatiger Kündigungsfrist bei 14tägiger Probedienstzeit.

3. Während der Dienstzeit gilt der Freiwillige im Sinne der Militärversorgungsgesetze als vorübergehend zum aktiven Militärdienst eingezogen.

Ansprüche auf Familienunterstützung und Aufwandsentschädigung laufen weiter und werden neu begründet.

Für Invaliden- und Altersversicherung rechnet die Dienstzeit als Dienst im aktiven Heere.

4. Nach 3 Monaten Dienstzeit Anspruch auf 14 Tage Urlaub.

5. Verpflegung bei den Formationen in Feldportionen; im übrigen Einheitsverpflegungssatz von 600 g Brot täglich, 600 g Fleisch und 60 g Fett wöchentlich.

6. **Gebührnisse:**

1. Offiziere und Beamte.

a) Außerhalb des Reiches:
mobile Gebührnisse;

b) innerhalb des Reiches:
Beordnung gemäß Erlaß vom 27. November 1918 (A. B. Bl. S. 651 ff.) und vom 6. Dezember 1918 (A. B. Bl. S. 712/13), ferner (ausgenommen Angehörige höherer Stäbe) freie Beköstigung ohne Brot aus Truppenküchen, diese bei Unterbringung in einem Friedensstandorte jedoch nur dann, wenn die Diensttätigkeit außerhalb dieses Ortes am Tage ununterbrochen länger als 5 Stunden dauert. Geldentschädigung für Selbstbeköstigung wird nicht gewährt.

2. Unteroffiziere und Mannschaften.

a) Mobile Löhnung nach den Dienstgraden, mindestens 30 M. monatlich, und mobile Verpflegung;

b) Zulagen:
in der Heimat im Westen 4 Mk.,
in der Heimat im Osten 5 Mk. täglich;
außerhalb des Reiches 5 Mk. täglich, außerdem eine Treuprämie (monatlich nachträglich)
für den ersten Monat 30 Mk.,
für jeden weiteren Monat steigend um 5 Mk. bis zum Höchstsatze von 50 Mk.

Bei endgültiger Entlassung erhält der Freiwillige
50 Mk. Entlassungsgeld,
25 Mark Marschgeld,
1 Entlassungsanzug

nach Maßgabe der Bestimmungen des Erlasses vom 16. November 1918. — Nr. 817/11. 18 C 1b —, insoweit ihm diese Abfindung nicht bereits bei einer früheren Entlassung zuteil geworden ist.

Von seiten des Generalkommandos
Der Chef des Gen.-Stabes.
v. dem Hagen.
Oberstleutnant.

Der Soldatenrat.
Lötsch.

In freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Fast ungebrauchte
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußbaum-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt
R. Sachte, Hohenmölsen,
Lützener Str. 7.

Die Glocke
Sozialistisch. Wochenschau
Heft 50 Pf.
im Abonnement vierteljährlich 6.— Mk.,
empfiehlt die
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Sozialistenmarsch, Marseillaise, Internationale u. a.
für Orchester, Klavier u. Chor
J. Günther Verlag
Dresden 10 [1844

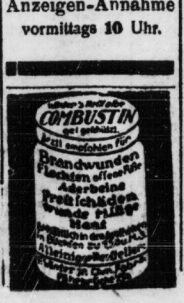
Gummiwaren-
Handlung und
Versandhaus
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41.

Für unsere evangelische Kirche

In der Marktkirche
Versammlung für alle evangelischen Gemeinden der Stadt
Freitag, den 17. Januar, abends 8 Uhr
Geh. Justizrat Elze: Eröffnung.
Geheimrat Prof. D. Dr. Loofs:
Wie stellen wir uns als evangelische Christen zu einer Trennung von Kirche und Staat?
Pastor Knoblauch: Schlußwort.
Vorher schriftlich an Geheimrat Elze, Hermannstraße 1, bis Donnerstag, den 16. Januar, eingereichte Fragen werden in der Versammlung beantwortet.

Geschmackvolle
Firmenschilder
mal
Erich Haack,
Dekorationsmaler,
Fischerplatz 1.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.



Die Deutsche demokratische Partei
hat durch die Ablehnung der Listenverbindung mit der Deutsch-nationalen Volkspartei
nicht das Bürgertum verraten,
sondern damit nur den Weg eingeschlagen, der eine
Abwanderung größerer Wählermengen zur Sozialdemokratie verhindert.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27

Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:

Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . 10 Pf.

In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 15 Pf.

Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.

Berliner Illustrierte Zeitung
Einzelnummer . . . . . 15 Pf.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek.** Ca 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.

Dokumente zum Weltkrieg
Bearbeitet von Eduard Bernstein.

Reichhaltige Roman-Bibliothek
der beliebtesten Autoren.

Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
Hausschneiderei / Sonntagszeitung / Deutsche Modenzeitung

Fahrplanänderung.

Von Montag, den 20. Januar ab, werden die Züge 2069 8803 und 8806 zur Erleichterung des Arbeiterverkehrs mit folgendem verlegt:

W 2069	W 8803			W 8806
12.59	4.30	ab	Querfurt	an 3.45
1.11	4.42	„	Benndorf-Schkeuditz	„ 3.41
1.27	5.27	„	Radewitzbahn	„ 2.51
1.41	5.33	an	Mücheln	ab 2.15

Zwischen Mücheln und Merseburg fährt Zug 2069 unverändert. A 30/6

Halle (Saale), den 15. Januar 1919.
Eisenbahndirektion Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190116-13/fragment/page=0008